

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 13. Juni 1931

Nummer 47

### Selbe Hauskassen

In letzter Zeit machen die sogenannten Hauskassen wieder von sich reden. Die jeglichen, außerordentlich schwierigen Verhältnisse, durch die die Gewerkschaftsorganisationen den Kampf nach allen Seiten zu führen gezwungen sind, da sie nicht nur dem Lohnabbau mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt gebieten, sondern auch die aus dem Produktionsprozeß Ausgestoßenen einigermaßen über Wasser halten müssen, benötigen einige Prinzipale, um die Gewerkschaften zu bekämpfen durch Gründung sogenannter Hilfs-, Spar- und Hauskassen. Wir nennen die Firmen Clemens Landgraf Nachf. W. Stolte in Freital sowie Wirth & Co. in Dresden. Die bekannte Firma A. Pabst in Königsbrück unterhält eine Hilfs- und Sparkasse bereits seit dem Jahre 1928. Angeblich wollen diese Prinzipale für ihr Personal sorgen und daselbe durch Wohlfahrtseinrichtungen an ihren Betrieb fesseln. In Wirklichkeit jedoch ist ihnen daran gelegen, geflügelte Arbeiter zu haben. Sie züchten nebenher einen Egoismus bei ihren Getreuen, wie man ihn schlimmer sich nicht denken kann. Denn diese Herren kümmern sich nicht um das Heer von 20 000 arbeitslosen Buchdruckern. Nichts für andre, alles für mich! Wird aber jemand entlassen, dann hat die Herrlichkeit ein Ende. Wohl bekommt der Betroffene keine Spargroschen nebst Zinsen ausgezahlt, was aber dann? Er steht allein auf weiter Flur. Wie ganz anders sieht es in den freien Gewerkschaften aus! Hier heißt es: Einer für alle, alle für einen! Unsere heiligste Aufgabe und unsere vornehmste Pflicht ist zunächst die Erziehung besserer Arbeitsbedingungen. Wie würde es z. B. in den genannten Betrieben ausfallen, in denen für das Personal durch Wohlfahrtseinrichtungen gesorgt wurde, wenn unsere Organisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, nicht gewesen wäre? In zweiter Linie ist unsere Organisation die Beschützerin ihrer Mitglieder in allen Lebenslagen. Wir haben Invaliden, die dreißig, ja vierzig Jahre Invalidenunterstützung beziehen, deren Hinterbliebenen aber, genau wie es bei jedem andern Kollegen der Fall ist, trotzdem noch das Begräbnisgeld ausgehandigt wird. In unsern Reihen befinden sich Arbeitslose, die länger als Jahresfrist unterstütz werden, einige Wochen zur Ausbesserung, um schließlich wieder unterstütz werden zu müssen. Die Verbandsmitglieder fühlen sich als eine große Familie, und es gibt ja auch nichts Erhabeneres auf dieser Erde, als sein Leben einzustellen auf die Sorge für andre, für seine Mitmenschen, für die Berufsgenossen.

Der Buchdruckereibesitzer Pabst ist ein außerordentlich fanatischer Gegner unserer Organisation. An seinem „schwarzen Brett“ kann man fast täglich Ergüsse zu sehen bekommen, die sich gegen unsere Organisation richten. Er will beweisen, daß seine Getreuen ohne Organisation viel glücklicher und zufriedener leben; er versucht zu beweisen, daß die Beiträge, die die Verbandsmitglieder bezahlen, zum großen Teil von den Bonzen verbraucht werden. Pabst bearbeitet auch andre Druckereien und versucht, sein System weiterzuverpflanzen, was ihm auch bis zu einem gewissen Grade zu gelingen scheint, da, wie gesagt, einige Firmen seine Wohlfahrtseinrichtungen nachahmen versuchen.

Die Spar- und Hilfskasse des Personals der Buchdruckerei A. Pabst in Königsbrück ist am 7. Mai 1928 gegründet worden. In der Jahresversammlung vom 12. Januar 1929 wurden neue Satzungen beschlossen. Einige interessante Paragraphen seien aus diesen Satzungen hervorgehoben. § 5 besagt, daß die Verwaltung der Kasse auf Ansuchen von der Geschäftsleitung der Firma Pabst übernommen wird. Der Inhaber der Firma oder sein Stellvertreter ist zu den Vorstandssitzungen und Mitgliedsversammlungen mit beratender Stimme heranzuziehen. Der Beitrag wird laut § 10 auf wöchentlich zwei Stundenlöhne (einschließlich etwaiger fester Zulagen), aufgerundet nach oben auf volle zehn Pfennige, festgelegt. Im § 11 Absatz 12 wird festgelegt, daß im Falle der Invalidität oder des Todes die getrennten Einlagen ausgegahlt werden. Man ersticht hieraus, daß lediglich eine Sparkasse in Betracht kommt. Eine eigentliche Invalidentafel kommt nicht in Frage. Herr Pabst hat es sich daher sehr leicht gemacht. Er veranlaßt lediglich seine Arbeiter, zu sparen, und wenn sie entlassen oder aber invalide werden, bekommen sie ihre Spargroschen zurück, das heißt, sofern ihnen diese nicht infolge Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Krankheit schon vorher ausgezahlt worden sind. Denn es heißt im § 13 der

Satzungen: Bei der Ermittlung des Guthabens jedes einzelnen Mitgliedes sind diejenigen Mitglieder auszuscheiden, welche gerade soviel oder noch mehr an Unterstütlungen ausgegahlt erhalten haben, als sie an Beiträgen entrichtet haben. Diesen steht kein Guthaben am Kassenvorstand zu. Erwähnungswert ist noch der § 21, in dem gesagt wird, daß die Firma Pabst zur Herstellung der Druckarbeiten für die Kasse ihre Maschinen und ihr Material kostenlos zur Verfügung stellt. Die Arbeit dazu ist von den Mitgliedern außerhalb der bezahlten Arbeitszeit zu leisten. Ein Widerspruch in bezug auf die Invalidenunterstützung ist in den Satzungen insofern enthalten, als im § 11 Absatz 1d gesagt wird, daß im Falle der Invalidität das Guthaben ausgegahlt wird, während im § 17 Absatz 3 zu lesen ist, daß die Schaffung einer Invalidenunterstützung nach dreijährigem Bestehen auf ihre Auswirkungen zu prüfen ist. Etwaige Streitigkeiten zwischen der Kasse und einem Mitglied der Kasse oder seinem Rechtsnachfolger werden laut § 15 durch ein Schiedsgericht aus der Welt geschafft, das zu bilden ist aus einem vom Vorstand zu ernennenden Vorstandsmittglied, einem von dem Beteiligten selbst zu wählenden Mitglied der Kasse und dem Inhaber der Buchdruckerei A. Pabst als unparteiischem Obmann. Dieses Schiedsgericht entscheidet endgültig unter Ausschluss des Rechtsweges. In diesem Gericht wird zweifellos der Chef des Hauses stets den Ausschlag geben.

Ein Beispiel dafür, wie Pabst seinen Kampf gegen unsere Organisation führt, ist eine gedruckte Tabelle, die jedem Arbeiter in die Hand gedrückt und außerdem an auffälligen Stellen ausgehängt wird. Fast jeden Tag wird an Hand dieser Gegenüberstellung irgendein Speeß im Betrieb losgelassen. Herr Pabst sitzt nicht in seinem Kontor, sondern er thronet mitten im Betrieb unter seinen Arbeitern. Das hat sicher etwas zu bedeuten; er will seinen Leuten zeigen, daß er der Fleißigste unter allen ist und wehe dem, der seinem Beispiel nicht folgt. Und nun zu der Gegenüberstellung der Leistungen, die aus der gedruckten Tabelle zu erkennen sind. Auf den ersten Blick scheinen die Leistungen der genannten Spar- und Hilfskasse höher zu sein als in unserer Organisation. Ein genauer Vergleich zwischen den Leistungen dieser Kasse und unserm Verband ist natürlich unmöglich, da unsere Organisation ja auf gemeinschaftlichem Boden steht, während die Pabst'sche Kasse rein privatwirtschaftlich eingestellt ist. Die Angaben in dieser Tabelle sind noch dazu zum großen Teil falsch. Es handelt sich also entweder um eine wissenschaftliche Fälschung oder aber um eine außerordentlich leichtfertige Behandlung der ganzen Angelegenheit. Zum Beispiel führt Herr Pabst als Sätze in der Arbeitslosenunterstützung an: 1 M., 1,20 M. und 1,40 M., während der Verband 1,25 M., 1,50 M. und 1,75 M. pro Tag Arbeitslosenunterstützung gewährt. Ferner liest man in der Tabelle, daß der höchste Sterbegeldbeitrag 400 M. beträgt, während laut unsern Satzungen im Höchstfalle 600 M. gezahlt werden. Man sieht, wie der Kampf gegen unsere Gewerkschaftsorganisation mit den niedrigsten Mitteln versucht wird. Daß der Verband für seine Mitglieder sorgt, auch wenn sie ausgesetzet sind, wenn sie die sahrungsgemäß ihnen zustehenden Unterstütlungen erhalten haben, braucht Herr Pabst ja nicht zu wissen. Wir wollen hier nur erwähnen, daß unsere Organisation neben den sahrungsgemäßen Unterstütlungen für die Arbeitslosen eine sogenannte Notstandsunterstützung eingeführt hat, die im ersten Vierteljahr 1931 607 885 M. betrug, und daß unsere Organisation wie keine andre die ausgesteuerten Arbeitslosen unterstütz auf und bestimmte Zeit hinaus. Für Herrn Pabst und seine Getreuen sind Opferbereidigkeit und Treue allerdings unbekannte Begriffe. Sie hören nicht den Notkreis der Arbeitslosen, wie er z. B. anlänglich des Pfingstfestes in Nr. 41 des „Korr.“ von einem Hamburger Kollegen zum Ausdruck gebracht wurde: „Was nützt uns Pfingsten bei herrlichstem Sonnenschein, wenn das Elend, die Not aus den Gaden der Wohnungen hochschallend hervorbrüllt. Es zerrißt unser Herz, wenn wir den niedergeschlagenen, hoffnungslosen Blick der Frau sehen, den nach Brot schreienden Ruf der Kinder hören. In ohnmächtiger Wut, die Verzweiflung drückt nieder, bringen wir die monotonen Tage dahin. Die tägliche Sorge um den kommenden Tag, wo Frau und Kinder einigermaßen satt werden sollen, ersticht jegliche seelische Regung für die Dinge der Außenwelt in uns. Unternehmervillig glaubt uns in der Hand zu haben. Sie frohlockt und denkt, die Arbeitslosigkeit macht uns müde und ihr gefügig. Wenn sie auch vieles in uns tötet, eines aber festigt sie,

und zwar das, was sie am allerwenigsten erwartet: Den unbedingten Glauben zur Gewerkschaft, die Treue zum Verband, unsern einzigen Hort in dieser schweren Zeit! Arbeitende Brüder, ihr fühlt mit uns und versucht zu helfen. Ihr habt verkehrendes Mitleid mit uns. Eure Hilfe kommt unter größten Opfern zustande. Selbst kaum das Nötigste zum Lebensunterhalt verdienend, denkt ihr, Brüder im Arbeitsmittel, dennoch an uns. Wir danken euch. Laßt uns wie Brüder treu zusammenstehen, arbeitend und arbeitslos in der Gewerkschaft vereinigt — ein Bollwerk gegen das Unternehmertum.“

Nach der Aufstellung des Herrn Pabst entfällt am Schluß des Jahres 1930 auf jedes Mitglied der Kasse ein Durchschnittsvermögen von 169,71 M., während im Verband, der in der gegenwärtigen Krise naturgemäß eine sinkende Tendenz aufweisen muß, auf das Mitglied nur etwa 90 M. entfallen. Man vergißt hierbei, daß die Pabst'sche Hauskasse so gut wie gar keine Ausgaben zu verzeichnen hat, denn es kommt doch höchstens in Betracht, daß dieser oder jener Arbeiter einmal einige Wochen Krankenunterstützung bezieht. Dagegen verausgabte der Verband im vierten Viertel 1930 allein an Ortsunterstützung 1 279 696,75 M., an Invalidenunterstützung 649 376,10 M., an Krankenunterstützung 280 483,12 M. und an Begräbnisgeld 82 869 M. Die gesamten Ausgaben unserer Organisation beliefen sich im vierten Viertel 1930 auf 2 897 653,82 M.

Im Sterbegeld will die genannte Hauskasse außer dem Kapitalwert der eingezahlten Beiträge 1000 M. aus dem Zinsersatznissen zahlen. Inwieweit dieses möglich sein wird, müssen wir dahingestellt sein lassen; wir bezweifeln es.

Auch die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ befaßte sich mit diesem „bemerkenswerten sozialpolitischen Experiment“, indem sie ein Zuschrift Raum gab, ohne sich mit allen Einzelheiten einverstanden zu erklären. Der Einsender kommt, da er sich auf die erwähnte Gegenüberstellung der Leistungen der Pabst'schen Hauskasse und unsers Verbandes bezieht, zu vollständig falschen Schlüssen. Im letzten Satz glaubt er einen besonderen Trumpf auszuspielen zu können, indem er hervorhebt: Alle Unter werden ehrenamtlich und unentgeltlich verwaltert. Man bedenke, die Kasse zählt 50 Mitglieder, darunter 30 Buchdrucker. Wie viel ehrenamtliche Arbeit wird heute noch in unserer über 93 000 Mitglieder zählenden Organisation von unsern Verbandsfunktionären geleistet, und in der Zeit, in der unsere Organisation sich noch im Anfangsstadium befand, gab es überhaupt keine angestellten Funktionäre.

Das sozialpolitische Experiment wird ein Experiment bleiben. Die Buchdruckereiarbeiter werden — von einigen Ausnahmefällen abgesehen — der freien Gewerkschaft angehören, derjenigen Organisation, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder bewegt und deren hauptsächlichste Aufgabe lautet: Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen. Nach wie vor wird der Verband dafür sorgen, daß seine Mitglieder der größten Not entzogen sind, daß sie aber auch nicht hoffnungslos in die Zukunft blicken brauchen, daß sie auf einen einigermaßen sorgenfreien Lebensabend rechnen können, gleichviel ob dieser zwei Jahre oder zwanzig Jahre dauert.

### „Krisenwirkungen“

Wenn man bedenkt, daß von unsern über 90 000 Mitgliedern nur knapp 60 000 Beitragszahler sind und etwa 30 000 Kollegen Unterstütlungsempfänger, so kann man, wie dies einige Kritischreiber zum Ausdruck bringen, von dem Millionenbesitz in einem Jahre unmöglich überrascht sein. Die erwähnten 30 000 Kollegen, die als Nichtbeitragszahler in Betracht kommen, sehen sich in runden Ziffern zusammen aus etwa 22 000 Arbeitslosen, 4000 Invaliden, 3000 Kranken und etwa 3000 Kurzarbeitern.

Welch gewaltige Summen durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, die in erster Linie unsere bedauerliche Finanzlage verursacht, dem Verband an Beiträgen verlorengehen, kann sich jeder selbst ausrechnen, und er wird dabei zu der Überzeugung kommen, daß die sogenannten hohen Unterstütlungen die geringste Schuld an unserer heutigen Finanzlage haben. Würde z. B., nebenbei bemerkt, der als Auswirkung der Krise außerordentlich starke Bestand an Invaliden statt 4000 nur 3000 betragen, so wäre die unaus-

bleibliche Folge hiervon eben eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslosen. Oder nicht?

Kollegen, es ist unsere Organisation lebhaftes Interesse haben und sich in der Bude oder in den Kollegentreifen über unsere Finanzen unterhalten, haben sich schon vor einigen Monaten, während der Lohnabbauperhandlungen, geäußert: mich wundert, daß man noch nichts hört von einer Beitragserhöhung oder Unterstützungszulage. Selbstverständlich, empfindlicher Lohnabbau und zugleich Beitragserhöhung wäre damals, so notwendig dies auch war, untragbar gewesen und so wartete man mit den Sanierungsmaßnahmen bis zur letzten Stunde. Heute gilt es, rasch zu handeln, um eine Finanzkatastrophe zu verhindern oder von unserer Unterstützung empfangenden Kollegen größere Not fernzuhalten. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die zur Rettung führen: entweder Beitragserhöhung oder Unterstützungszulage, wie dies in dem Artikel des Kollegen Schweinik gefordert wird.

Es ist allerdings schwer, eine gerechte Entscheidung zu treffen, ob man die Beitragserhöhung oder Unterstützungszulage bevorzugen soll. Das eine oder heißt fast, daß eine Unterstützungszulage unsere arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen schwerer trifft als uns arbeitende, die wir sicher an der äußersten Grenze des Möglichen stehen und den Hungerriemen schon beträchtlich enger ziehen müßten. Man kann heute nicht vorhersehen, wie groß die Zahl jener in Arbeit stehenden Kollegen ist, die sich mit der Beitragserhöhung nach dem Vorschlag des Kollegen Schweinik einverstanden erklären, aber das weiß man, daß unsere Arbeitslosen, unsere langwierig Kranken und unsere Invaliden, soweit dieselben nicht die Altersgrenze nach möglichen veranlaßt, gern diese Beitragserhöhung zahlen würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, wieder in ihrem Beruf ihre Existenz zu finden.

Von älteren Kollegen, die der Organisation schon viele Jahre angehören und zu deren heutigen Bezügen beigetragen haben, werden manchmal Bedenken zum Ausdruck gebracht, ob es denn bei unserer heutigen Finanzlage möglich sein wird, ihre statutarischen Unterstützungsansprüche zu befriedigen oder ob sie bei später eintretender Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität vor einer leeren Verbandskasse stehen werden. Solche Bedenken entbehren jeder Berechtigung, denn der Vorschlag unseres Hauptgeschäftsführers hat ja den ausgesprochenen Zweck, jenen Kollegen, die in nächster oder späterer Zeit unter Unterstützungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen gezwungen sind, ihre statutarischen Rechte zu sichern.

„Eine weitere Beitragserhöhung ist nicht mehr tragbar“, hört man — und wohl nicht immer mit Unrecht — von Kollegen sagen. Bereits auf dem Verbandstag in Frankfurt, im Juni 1929, wurde von einem Vorstandsmitglied unseres Verbandes, als einige Vertreter ankam eine Beitragserhöhung von 30 Pf. eine solche von 50 Pf. befürworteten, erwidert: eine solche Erhöhung sei nicht mehr tragbar. Wir haben seit dem Verbandstag viel, viel mehr tragen müssen, so viel, daß wir unter dieser Last schwer seufzen. Ich erwähne nur folgende Erhöhungen: Verbandsbeitrag, Staffelleibtrag, 1/2 Proz. zur Arbeitslosenversicherung, Lohnabbau, starke Erhöhung des Ortsbeitrag, Ledigensteuer, Krisensteuer usw. usw., zusammen mindestens wöchentlich 8 M.

Für uns mußten (?) die verschiedensten Notverordnungen Dr. Brüning's, die uns einschneidende und schwer bestehende materielle Schäden brachten, durch die uns buchstäblich das Heub vom Leibe gezogen wird, tragbar sein, während die bestehende Klasse in der schonendsten Weise berücksichtigt wurde. Wir heißen darob die Zähne zusammen, machen unserer Erbitterung in schärfsten Ausdrücken Luft und erwarten mit Spannung den Tag der Vergeltung. Sollten wir nun einem Vorschlag gegenüber, der die bisherigen Unterstützungssätze für unsere arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen dadurch aufrecht erhalten will, daß von uns Arbeitende eine namhafte und drückende Beitragserhöhung gefordert wird, abschneidend verhalten? Nein. Trotz alledem bin ich für die notwendige, nach dem Verdienst gestaffelte und beschränkte Beitragserhöhung. Ich habe Vertrauen zu unserer Organisation, bilde nicht entmutigt in die Zukunft, in dem Bewußtsein, daß von unserer Organisation schon schwerere Dinge gemeißelt wurden.

Milchenn.

Gg. Gruber.

Das eine tun und das andere nicht lassen! Der Warnungsruf unseres Verbandsgeschäftsführers, des Kollegen Schweinik, über die Finanzkrise innerhalb unseres Verbandes hat wohl jeden Kollegen zum ernstlichen Nachdenken gezwungen. Wir stehen jetzt vor der Tatsache des 3-Millionen-Unterstützungsbudgets. Da unser Verbandsvermögen nach der Abrechnung vom 18. April 1931 4 710 728,62 M. beträgt, ist es die höchste Zeit, weiterem Schwinden desselben vorzubeugen.

Bei dieser Gelegenheit taucht einmal wieder die Frage auf, ob unsere Gewerkschaft in erster Linie für Unterstützungen da ist, oder vielmehr eine wirtschaftlich-politische Mission zu erfüllen hat. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Unterstützungen, gleichfalls vom wirtschaftlich-politischen Gesichtspunkt aus gesehen, große Bedeutung verdienen. Doch dürfen die Mittel für wirtschaftliche Kämpfe dazu nicht angebrochen werden. In der Summe von rund fünf Millionen Mark erscheint mir als Kampffonds bereits zu niedrig, so daß es notwendig erscheint, dieses Grundkapital nicht nur unangefastet zu lassen, sondern es möglichst zu erhöhen.

Bei der jetzt aufgeworfenen Frage nach dem Ausgleich des Unterstützungsbudgets sollten wir jedenfalls nicht verzeihen, den Schlüsselworten des Artikels im „Korr.“ Nr. 42

vom Kollegen Schweinik Beachtung zu geben, nämlich, daß wir „... unsere Verband über diese Notlage hinweg für seine aue außer halb des Unterstützungsbereichs liegenden Aufgaben lebens- und leistungsfähig erhalten.“

In den Nr. 44 und 45 des „Korr.“ lassen einige Kollegen durchblicken, daß eine weitere Beitragserhöhung nicht mehr zu tragen sei. Sie sind der Ansicht, daß das unbedingt Mögliche in der Beitragsleistung bereits erreicht sei. Selbst auf die Gefahr hin, als ein „Supperflug“ bezeichnet zu werden, möchte ich dieser Ansicht entgegen treten. Es ist nämlich sittliche Pflicht aller noch in Arbeit stehenden Kollegen, so l i d a r z i c h e Hilfe zu leisten und nicht nur Mitleidstätigkeit zu üben. Von einer Grenze der Beitragsleistungen kann erst dann gesprochen werden, wenn die Grenze des Einkommens mit der Grenze der Unterstützung kollidiert! Wenn der Verbandsbeitrag erhöht werden soll, so bedingt das nicht nur erhöhte Opferbereitschaft der Kollegen, sondern gleichzeitig Einsicht in gewerkschaftliche Ziele. Gerade in einer Zeit der wachsenden Reaktion gilt es klug zu handeln. Unflug wäre es aber, die Erbitterung der erwerbslosen Kollegen, die durch die neue Notverordnung ihre sonstigen künftigen Unterstützungssätze gekürzt bekommen, noch zu vergrößern. Es wäre also nicht nur menschlich, sondern auch politisch falsch, die Unterstützungssätze der erwerbslosen Kollegen (und Invaliden) zu schmälern. Vielmehr sollten die Erbitterungen in die richtigen Bahnen des Klassenkampfes gelenkt werden. Dazu ist es aber nicht nur notwendig, den erwerbslosen Kollegen die weitestmögliche, höchste Unterstützung zu geben, sondern man muß sie auch gleichzeitig zum aktiveren gewerkschaftlichen Kampf aufzureden. So betrachtet, wäre jedes mögliche Opfer der in Arbeit stehenden Kollegen gegenüber den Erwerbslosen geradezu geboten, und man sollte hier nicht von einem freiwilligen Lohnabbau sprechen! Zur näheren Begründung dieser Auffassung verweise ich auf meinen Artikel in Nr. 38 des „Korr.“

Auch ich bin der Ansicht des Königsberger Kollegen, der sich in Nr. 45 des „Korr.“ für „Erhöhung des Beitrags“ entscheidet. Gewiß muß anerkannt werden, daß die Gewerkschaft der Buchdrucker Unterstützungen zahlt, die in solcher Höhe von keiner anderen Gewerkschaft geleistet werden.

Wenn wir nun von Einparungen gewerkschaftlicher Gelder sprechen wollen, dann ist folgendes zum Nachdenken angeführt: Das „Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ bringt auf Seite 372 bis 373 folgende Übersicht über die Ausgaben des ADGB für Verwaltung, Agitation und Organisation, Presse und Bildungsweisen sowie Sonstiges wurden 102 846 134 M. ausgegeben. Dagegen sind für Unterstützungen 80 793 180 M. verausgabt und für Arbeitskämpfe nur 13 304 760 M.

Ein Beispiel im Kleinen, wie im großen gespart werden kann, gibt ein Beschluß des Vorstandes des Ortsvereins Göttingen, nach dem ein Teil der Vorstandsentlohnungen zugunsten der Göttinger erwerbslosen Kollegen am Jahresende abgeführt wird. Auch an anderen Stellen könnten Gelder für Unterstützungen eingesetzt werden, die heute für nutzlosen Sparrentenkult und Vergnügungsbefugnisse verthan werden!

Lernen wir aus dieser Krisenzeit, daß viel erreicht werden kann, wenn wir zusammenhalten, so werden die uns jetzt so groß erscheinenden Opfer nicht unsont gehen sein. Sie werden dann vielmehr das Fundament bilden für größere Aufgaben und Ziele, die es zu erkämpfen gilt!

Der Kollege R. G.—r. (Berlin) schreibt im „Korr.“ Nr. 44, daß der von mir in Nr. 38 des „Korr.“ gemachte Vorschlag auf Abführung von zwei Stundenlöhnen zugunsten der Erwerbslosen zur Überwindung der gegenwärtigen Finanzkrise des Verbandes nicht nötig sei. Zur Erhaltung der augenblicklichen Unterstützungssätze genügt es allerdings, den Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 1 M. (in Staffelform) zu erhöhen. Wer aber meinen erwähnten Artikel, „Schulung erwerbsloser Gewerkschaftler“ durchliest, wird dort finden, daß ich diesen Vorschlag nur in Verbindung mit der eventuellen Einführung der 40-Stunden-Woche und der Forderung nach Ausbildung der erwerbslosen Gewerkschaftler gemacht habe. Und zwar nicht nur für unsern Verband, sondern für alle freien Gewerkschaften. Gerade deshalb, weil ich die Einführung der 40-Stunden-Woche nicht als das Allheilmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit betrachte. Hierbei gehe ich allerdings von anderen Gesichtspunkten aus, als es z. B. die „Zeitschrift“ in Nr. 42 und 48 unter der Überschrift „Eine gewerkschaftliche Erkenntnis“ tut. Die „Zeitschrift“ veröffentlicht unter genannter Überschrift eine Notiz, wonach das Organ des Untenbergebundes sowie der Christliche Metallarbeiterverband zu der „Einsicht“ gekommen seien, „... daß von einer Verkürzung der Arbeitszeit keine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erhofft werden könne, daß man aber bei einer allgemeinen Herabminderung der Arbeitszeit große Gefahr laufe, die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren.“ Die „Zeitschrift“ bemerkt dazu: „... Hoffentlich merkt sich auch der Verband der Deutschen Buchdrucker, daß diese Krisenzeit nicht geliebt ist zur Einführung der Fünftagewoche oder des Sechstentages.“

Man braucht kein Rechenkünstler zu sein, um demgegenüber festzustellen, daß bei Einführung der 40-Stunden-Woche tatsächlich ein großer Teil der Erwerbslosen wieder Arbeit bekommen wird. Wenn wir das Verhältnis 5 : 1 annehmen, so bedeutet das bei uns Buchdruckern, daß ungefähr 50 Proz. unserer Erwerbslosen vom Erwerbsloseneind befreit würden. Die anderen 50 Proz. müßten aber weiterhin kempfen gehen. Wenn schon Solidarität im Sinne der Arbeitszeitverkürzung, so ist nicht einzusehen, warum nur eine im Teil der Erwerbslosen gegenüber. Dann müßte die Arbeitszeit soweit verkürzt werden, daß

alle Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß eingerechnet werden könnten oder aber die „Freiwilligen Zentren“ auf alle Kollegen zu verteilt werden, daß jeder einmal an die Reihe käme! Solange wir die Arbeitszeit nicht auf alle gleichmäßig verteilen können, ist es unsere Pflicht, den Kampf für die Durchführung eines gerechteren Zustandes als den jetzigen, zu organisieren. Wenn wir das eine tun, nämlich unsere Erwerbslosen eine ausreichende Unterstützung gewähren, so sollten wir das andere nicht vernachlässigen: die Freizeit der Erwerbslosen zu benützen, um sie für größere Aufgaben der Gewerkschaften heranzuziehen. Göttingen. Erwin Ries.

Die Erbitterung über den Lohnabbau ist noch nicht geschwunden, und schon stehen wir vor einer neuen betrübenden Tatsache, nämlich, daß sich durch das Defizit eine Erhöhung des Verbandsbeitrages erforderlich macht. Die in unsere Kasse geflossene Wunde zeigt so recht, von welcher juchbaren Folgen für unsere Kasse die Arbeitslosigkeit ist. Welche Gefahren sind damit verknüpft? Ersparen wir es uns. Vielesach wird man schimpfen und wohl auch fluchen; geht es doch wieder an den Geldbeutel. Noch ein Plus zum Lohnabbau. Viele Kollegen werden sagen: Der Beitrag geht bald über die „Hutspur“. Haben sie nicht recht? Aber schließlich müssen wir es als unsere Pflicht betrachten, unser Bollwerk wieder auf feste Grundlage zu stellen. — Bei den Unterstützungen den Hebel anzusetzen, wäre verfehlt und würde nur schwere Verbitterung hervorrufen. Denn welches Hochgefühl würde es für unsere bedauernswerten Arbeitslosen hervorzurufen, wenn sie auf die Unterstützung nicht angewiesen wären. Für sie sind die Verhältnisse bitter erst. Eine Kürzung der Helfentüchtigkeit wäre ebenfalls kaum denkbar. Denn eine logische Folgerung wäre ein Eindämmen des Helfens, und das könnte keinesfalls eine Entlastung des Arbeitsmarktes am Ort bedeuten. Eine Erhöhung des Beitrages ist unumgänglich; diesbezüglich betrachte ich es als richtigen Weg, wenn der Beitrag gestaffelt wird, und zwar nach den tariflichen Ortszuschlägen:

- 0 Proz. bezieht den selbsterigen Beitrag,
- 2 1/2 Proz. bezieht 10 Pf. mehr,
- 5 Proz. bezieht 20 Pf. mehr,
- 7 1/2 Proz. bezieht 30 Pf. mehr usw.

Somit wäre gleichzeitig den in den kleineren Städten beschäftigten Kollegen Genüge getan mit ihrem bedeutend niedrigerem Lohn, der nicht im Einklang steht mit den Lebensverhältnissen. Die Aufstaffelung der Beiträge bedeutet ohne weiteres ein „Auf-die-Beine-Helfen“ unserer Kasse. Ich bin der festen Überzeugung, und daß dadurch die Krise bald überstanden ist. Bezüglich der übertariflichen Beiträge befinden sich sicher die meisten Kollegen in Aberein Stimmung mit dem Verfasser des ersten Artikels in Nr. 44, Göttingen i. Hann. R. Stammberger.

In unserer gegenwärtig wirtschaftlich und sozial so schwer bedrückten Zeit ist es gewiß für die Führer der freien Gewerkschaften keine leichte Aufgabe, die Unzufriedenheit und Verbitterung der Massen über die immer bedrohlicher anwachsende Verelendung ihrer Lebenslage in disziplinierter Bahnen zu halten. Weil dies jeder vernünftige Gewerkschaftler einsieht und auch gewillt ist, jedes mögliche Opfer für seine Organisation zu bringen, um wenigstens dieses wirtschaftliche Bollwerk intakt und schlagkräftig zu erhalten, kann es aber andererseits für unsere Verbandsleitung nur nützlich sein, wenn sie auch solchen Stimmen ernstliches Gehör schenkt, die über die bei uns in letzter Zeit gelübte Beitragspolitik des Verbandes nachdenklich den Kopf schütteln.

Es soll uns gewerkschaftlich geschulte Massen zunächst ja nicht so sehr kümmern, wenn das deutsche Unternehmertum glaubt — und diese Klasse glaubt und versucht es —, durch fortgesetzte künstliche Steigerung der Arbeitslosigkeit die Störfkraft der Gewerkschaften so schwächen zu können, bis sie ihre hemmungslose Ausbeutungskurve erreicht haben. Dieses immer noch ungeheure Anrennen der Diktanden- und Nationalkassierers-Generalstöße gegen den festgeparanzerten Granitblock der deutschen Gewerkschaften wird hoffentlich nicht den gewollten Zweck erreichen, sondern sie jedenfalls noch manche Enttäuschung erleben lassen.

Wer will ernstlich bestreiten, daß wir unser Schicksal doch etwas besser gestalten können, wenn wir nur wollen? Es muß in alternativer Zeit zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage einschleichen mehr gewerkschaftliche Aktivität eingesetzt werden; denn darth wird mit auch unsere Organisationsleitung beipflichten, daß unter allen Umständen verhindert werden muß, daß die Vermutung unter der Kollegenhaft am sich greift, daß wir trotz aller muster-gültigen Disziplin und Betonung reiflosen Vertrauens zu unserer Führung schließlich doch einen ausfallslosen Defensivkampf auf verlorenem Posten austragen müssen. Unsere gewerkschaftliche Aktivität darf sich heutzutage, wo wir erleben, daß in der deutschen Republik nicht die Volksvertretung, nicht das Parlament, sondern die sogenannte „Notverordnung“ über uns bestimmt, nicht nur mehr allein in dem Appell an unsere Opferwilligkeit und in der teilweisen Finanzierung eines Wahlkampfes erschöpfen, sondern sie muß auch schließlich mal mit aller Energie da angesetzt werden, wo es gilt, noch weiteren Angriffen auf unsere wirtschaftliche und soziale Lebensgestaltung ein Ende zu machen. Denn daß man uns noch weitere Abwärtsstapfen zumutet, sieht man jetzt an der diplomatisch behandelten Problemstellung der 40-Stunden-Arbeitswoche. Was bereitet sich da vor? Die von den zuständigen Vorkämpfern der organisierten Arbeiterchaft geforderte 40-Stunden-Woche muß und wird kommen. Aber sie darf sich nicht eben so am Ffuß des Proletariats, sie darf sich nicht ebenso wie



der Höhe Rationalisierung in das Gegenteil ihres gewollten Zweckes verkehren: sie kann und soll uns nicht damit beglückseligen und schmackhaft gemacht werden, indem man uns sagt: der Lohnausfall soll auf die beiderseitigen Schultern verteilt werden, denn wenn wir das nach dieser These schlucken sollen, dann ergibt sich für uns bei näherem Zusehen die Rechnung, daß wir den weitaus den sechsten Arbeitstag nicht etwa mit vier Stunden, sondern mit zusammen rund acht Stunden Lohnneinbuße bezahlen. Ohne Frage! Denn den anhänglichen Teil, den jetzt die Unternehmer eventuell mittragen sollen, haben sie uns ja schon bereits durch die sechshundertprozentige Lohnreduzierung abgenommen. Gewiß würde die Verwirklichung der 40stündigen Arbeitswoche einen, ich möchte sagen im Vergleich zu früher geradezu grandiosen ideellen Erfolg bedeuten. Wenn wir aber dieser Gewinn nur mit neuen Entbehrungen, beginnender unermesslicher Familienverwahrlosung usw. erkaufen müssen, dann würden in gar nicht ferner Zeit unsere Gewerkschaften selbst die Leibtugenden sein. Denn zu kraft gespannt, bricht der Bogen. Eine 40-Stunden-Woche ist für die halb ausgemergelte Arbeiterschaft nur annehmbar und hat nur Sinn und Zweck ohne jede Lohnneinbuße! Diesen endlosen Kreislauf fortgesetzter steigender Not und Entbehrung noch viel länger mitzumachen, kann man uns wahrhaftig nicht mehr zumuten. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß der Kern- und Kardinalpunkt aller freigewerkschaftlichen Ziele nicht nur die Erhaltung und Stärkung der Demokratie, nicht nur die geistige und berufliche Fortbildung der Mitglieder ist, sondern heute mehr denn je die Erleichterung und Sicherung eines ausreichenden Existenzminimums, um auch den Trägern der Organisation wenigstens möglich zu machen, daß auch für sie noch etwas zum Leben übrigbleibt.

Unsre Verbandsleitung wird anerkennen müssen, daß die Kollegenenschaft eine bis dato musterghütige Disziplin und eine bisher von keiner anderen deutschen Gewerkschaft so großzügig entfaltete solidarische Aktivität bewiesen hat, schon aus diesem Grunde können wir nicht damit zufrieden sein, zu zeigen, was wir auf unserm gewerkschaftlichen Gezierplatz leisten können, sondern wir wollen auch sehen, daß unsere Führung an der Spitze einer gründlich geschulten Gewerkschaftsarmee im Kampfe mit unsern wirtschaftlichen Gegnern die von uns bereits erkämpften Positionen sich nicht entziehen läßt. Wir dürfen nicht weiter zurückgehen; denn andernfalls brauchen wir Jahrzehnte, bis wir wieder da angelangt sein werden, wo wir schon standen. Im Manifest der freien Gewerkschaften vom 13. Oktober 1930 heißt es zum Schluß: „Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird jedoch auch diese Widerstände überwinden.“ Dieses an die Masse gerichteten, sehr beachtlichen Wortes werden wir uns freudig erinnern, und wir werden es nie vergessen können dann, wenn wir die 40stündige Arbeitswoche mit vollem Lohnausgleich erkämpft haben. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob unsre Gewerkschaftsführer — trotz Notverordnungsbitaturation — ihre Chancen erkennen und auswerten. Und wenn wir deutschen Kollegen in Nr. 44 des „Korr.“ von einem Berliner Kollegen den tröstlichen Ausruf hören: „Darum heißt es jetzt für alle Verbandskollegen: Farbe bekennen!“, so wird ihm gewiß von allen zur Sache des Verbandes treu haltenden Weggenossen bereitwillig geantwortet: „Jawohl, wir Buchdrucker wollen und werden Farbe bekennen, wir wollen unsrer Organisation das geben, was sie zur Durchführung ihrer Aufgaben zu fordern hat, jetzt und immer, wir sind zu opfern bereit für unsre arbeitslosen Kollegen und aber auch für eine kräftig geführte Gewerkschaftspolitik, für eine Idee, deren Sinn und Erfolg in der wirtschaftlichen und kulturellen Lebenshaltung aller Kollegen besser sichtbar werden soll!“

Hamburg. Joh. Schmidt.

Es ist eine heisse Sache, wenn ein Unterfützungsempfänger Stellung nehmen soll zu einem Abbau der Leistungen des Verbandes. Nur zu nahe liegt ihm die Forderung: Kein Abbau der Leistungen, sondern Beitragserhöhung. Die Solidarität verlangt jedoch klaren Willen für das, was ist und Unterordnung unter die Notwendigkeiten zum Wohle der Allgemeinheit. Es gilt, die Schlagkraft des Verbandes über diese Zeit hinwegzuerhalten. Die Unternehmer treiben ihre Entlastungspolitik nicht zuletzt gerade, um die Gewerkschaften klein zu kriegen, um ihre geliebten finanziellen Grundlagen zu zerstören. Dieser Einsicht darf sich auch ein arbeitsloser Kollege nicht verschließen. Wie wollen wir aber über diese Zeit hinwegkommen, wie wollen wir die Lasten verteilen, so, daß die Schwächsten am meisten geschont werden?

Es ist vorgeschlagen worden, den Beitrag um eine Mark pro Woche zu erhöhen. Zugegeben sei, daß auch diese Erhöhung von einem in Arbeit stehenden Kollegen noch leichter zu tragen ist als ein Abbau der Unterfützungsfähigkeit von einem Erwerbslosen. Zugegeben sei auch, daß jeder Erwerbslose gern eine Mark mehr Beitrag zahlen würde, wenn er nur wieder Arbeit hätte. Aber man muß doch schließlich einmal eine Grenze ziehen. Man muß auch an die Kollegen denken, die in kleinen Orten der Provinz ohne Notaufschlag stehen. Man muß denken an die Kollegen, die schon lange verkürrt arbeiten, um Entlastungen zu vermeiden. Man muß daran denken, daß diese Kollegen oft nicht viel mehr an Zahlsatz bekommen, als ein voll arbeitsloser an Unterfützung bezieht. Die Zahl dieser Kollegen ist heute wahrlich nicht klein und vergrößert sich von Tag zu Tag. Diesen Kollegen noch mehr Abgaben zumuten, läge, selbst wenn dies im Interesse der Arbeitslosen geschähe, bestimmt nicht im Interesse der Gesamtorganisation. Wo aber soll nun gepart werden, wenn eine Erhöhung der Einnahmen nicht möglich ist?

Die Hauptausgaben ergeben sich aus den Unterfützungen. Die Unterfützung für Büros, Geschäftsführung usw. werden immer mehr eingeschränkt, eine Einsparung auf diesem Konto tritt bei der Höhe des zu erwartenden Defizits nicht in Erwägung. Wenn aber gepart werden muß, dann sollte dies schon da geschehen, wo es am wenigsten hart trifft. Bei den Sägen der Invalidentunterfützung wäre eine Ermäßigung um 20 Pf. pro Tag wohl das äußerste. Die alten Kollegen haben schon jenseits nicht zu viel, und man sollte hier nicht noch weiter heruntergehen. Die Kürzung der Reiseunterfützung um 25 Pf. pro Tag wäre vertretbar. Anders ist es bei der Krankenunterfützung. Hier handelt es sich in den meisten Fällen um eine kürzere Zeit des Verdienstaufhaltes, so daß eine Kürzung der Säge auf 90 Pf. bzw. 1,05 M. den einzelnen nicht so hart treffen würde. Falls die Krankheitsdauer 10 Wochen überschreitet, könnten vom Beginn der ersten Woche an die ungekürzten Sägen von 1,20 bzw. 1,40 M. zur Auszahlung kommen. Einen größeren Beitrag würden nach meiner Ansicht die Sägen der Arbeitslosenunterfützung verlangen. Die Staffeln könnten folgendermaßen geändert werden: Statt 1,25 M. = 95 Pf., statt 1,50 M. = 1,20 M., statt 1,75 M. = 1,30 M. Wenn ich dies vorschläge, dann gewiß nicht deshalb, weil die Kollegen in den ersten 26 Wochen auf Kosten gebettet sind, sondern deshalb, weil mit dem Eintritt in die Krisen- bzw. Wohlfahrtsfürsorge die Not um ein Vielfaches größer wird. Da mir Zahlen über die Verteilung der einzelnen Staffeln nicht vorliegen, kann ich die finanzielle Auswertung nicht berechnen. Es wird aber bestimmt eine bedeutende Entlastung der Kasse eintreten.

Bei all diesen Vorschlägen gehe ich davon aus, daß die weitere Zahlung der Notstandsunterfützung unter allen Umständen gesichert werden muß. Ich mache dabei keinen Unterschied zwischen Krisen- und Wohlfahrtsunterfützung, da in den meisten Fällen die Richtgröße der Wohlfahrtsämter in der Höhe der Krisenunterfützungsfähigkeit liegen. Eine Einschränkung der Notstandsunterfützung auf die Dauer von 26 Wochen hieße heute schon einem Großteil den Brotkorb noch höher hängen.

Wenn ich aber hier einer gerechten Lastenverteilung das Wort rede, wenn ich mich einsehe für alle die, welche aus der ordentlichen Unterfützung ausgeschlossen sind, kann ich nicht schliefen, ohne ein Wort der Ermahnung an alle die Kollegen, die dem Produktionsprozeß ferngehalten werden. Es ist gewiß zu verstehen, wenn eine Verbitterung Platz greift, es ist gewiß zu begreifen, wenn gemurt wird. Aber, Kollegen, denkt in eurer Verbitterung daran, daß nicht die Gewerkschaften, nicht eure Führer an all dem Schuld sind. Kollegen, schuld ist das kapitalistische System, schuld ist die Hochfinanz, schuld ist das Unternehmertum, kurz gesagt, alle diejenigen, die aus eurer Haut die Riemen schneiden, damit ihr geknebelt werden sollt, alle diejenigen, die Schätze anhäufen, während ihr und eure Familien hungern müßt. Ihnen gilt unser Kampf, ihnen unsre Feindschaft!

Frankfurt a. M. U. G.

Bezugnehmend auf den Artikel des Kollegen Schweinich in Nr. 42 des „Korr.“ und wenn man hiermit die in der Tagespresse angeführten Äußerungen des Ministers Stegerwald in Verbindung bringt, dann, Kollegen, werden wir, die wir heute noch in Arbeit stehen, erst recht in die Tasche greifen müssen. Ich mache mir den Vorwurf meines Finanzministers zu eigen, den Verbandsbeitrag um eine Mark zu erhöhen und die bisher gezahlten Unterfützungen in voller Höhe beizubehalten. Kollegen, wenn wir uns vor Augen führen, daß der heute noch Arbeitende schon der Arbeitslose von morgen sein kann, und daß vielleicht eintreten kann, daß die Lohnregelung der einzelnen Tarifparteien in freier Vereinbarung geschehen kann, dann halte ich es erst recht für die Pflicht eines jeden arbeitenden Kollegen, dazu beizutragen, daß die Verbandskasse ihre Stabilität behält. Denn Geld ist Macht, und Macht ist Sieg.

Da durch die Notverordnung der Brüning-Regierung die staatlichen Unterfützungen gekürzt werden, also eine Verschlechterung der miserablen Lage unsrer arbeitslosen Kollegen eintritt, dürfen wir unsre bisher gezahlten Unterfützungsfähigkeit auf keinen Fall herabsetzen. Denken wir hierbei an die Solidarität der englischen Buchdruckerkollegen, die vier Jahre lang, von 1910 bis 1914, wöchentlich ein Viertel ihres Lohnes für die streikenden Kollegen gezahlt haben. Also, Kollegen, nicht kleinlich, sondern großzügig sein und so lange geben, wie man kann.

Ich möchte nun folgenden Vorschlag machen: Die Staffellung der Extrabeiträge, wie sie seit dem 28. Dezember 1930 besteht, wird folgendermaßen geändert:

bis 70 M. = 1 M. Extrabeitrag
von 70 bis 80 M. = 2 M. Extrabeitrag
von 80 bis 90 M. = 3 M. Extrabeitrag
von 90 bis 100 M. = 4 M. Extrabeitrag

usw., d. h. für je weitere 10 M. eine Mark Extrabeitrag mehr.

Also, Kollegen, nochmals, wollt ihr, daß die Kampfkraft des Verbandes gestärkt werden soll, dann gebt gern und reichlich. Die arbeitslosen Kollegen werden es euch durch Solidarität zu danken wissen.

Stettin. W. Boldt.

Auf die Gefahr hin, einen vielleicht großen Teil der Kollegen gegen mich zu haben, will ich doch versuchen, einige Vorschläge zur Sanierung unsrer Verbandsfinanzen zu machen. Unsern arbeitslosen Kollegen wollen und müssen wir helfen. Aber wie? Wir haben uns zuerst die Frage vorzulegen: Können wir an die Kollegen, die in Orten ohne oder mit nur wenig Notaufschlag stehen, noch das Ansuchen stellen, eine Beitragserhöhung von 50 Pf. bis eine Mark auf sich zu nehmen? Diese Frage ist wohl ohne weiteres mit einem glatten Nein zu beantworten. Gerade in den kleinen und kleinsten Druckorten ist die Minimumbegahlung vorherrschend. Das Leben ist aber auch nicht billiger als in größeren Orten. Die Hausbesitzer verstehen es, die Mieten den Großstädten anzupassen, Gas, Elektrisch,

### Jubiläum des Nordwestdeutschen Buchdrucker-Sängerbundes

25jähriges unermüdeliches Wirken hat es zuwege gebracht, daß nach einer Vorankündigung im Jahre 1905 der Nordwestdeutsche Buchdrucker-Sängerbund am 21. Januar 1906 mit acht Bundesvereinen und 320 Mitgliedern aus der Taufe gehoben wurde und nach wechselvollen Zeitgeschicknissen (Kriegsjahre und Inflationszeit) heute 11 Bundesvereine mit insgesamt 691 Mitgliedern umfaßt. Für den Geschäftsführenden Ausschuss des Bundes bot dieser freudige Anlaß ausreichende Gelegenheit, zu Pfingsten 1931 eine Delegiertenversammlung und ein Sängerfest nach Hamburg einzuberufen, wo schon Pfingsten 1907 das erste Bundesjüngertag stattfand hatte. Das Gewerkschaftshaus, die geistige Waffenschmiede der Hamburger Arbeiterschaft, nahm die zahlreichsten Teilnehmer aus nah und fern im großen Saal an fauber gedekten Tischen auf und ließ der Bühne ein würdiges Jubiläumsgewand. Aus Vorberäumen und Blatztüren blühender Geranien, Frühlings und Fortensien leuchtete in eindrucksvollem Maßstab der Jubiläumssaal 25 vom Dirigentenpult hervor, während das Festrednerpult mit dunkelrotem Tuch umkleidet war.

Selbst der sprichwörtlich gewordene Hamburg-Altonaer Regenwolkenhimmel hatte ein Einsehen und strahlte die Pfingstfesttage über in lieblichem Blau und in fast tropischer Glut. Ein zur Jubiläumfeier herausgegebenes Festbuch würdigte in einem Vorpruch und einigen

Gedenkartikeln von Bürgermeister Rudolf Koj und Gauvorsitzer Fritz Kuntler (Hamburg) die kulturellen Bestrebungen des Buchdrucker-Sängerbundes und der Einzelhöre, während unser Kollege August Kirch (Berlin) die Beziehungen zwischen Kollegengangsvereinen und dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund ins rechte Licht rückte, dem sich Bundesführer Hermann Martens mit einem Gedenkartikel über die Jahre 1906 bis 1931 angeschlossen.

Nach einem Bundestag im Lesesaal der Heimstätte, an dem auch Sangesbruder Frierweier (Köln) als Gastdelegierter teilnahm, eröffnete das Hamburger Gutenberg-Druckwerk unter Leitung des Dirigenten Hans Hansen-Lebel den Empfangsabend am Pfingstsonnabend im Gewerkschaftshaus mit der Mendelssohn-Operette „Heimkehr aus der Fremde“. Als besondere Druckereileistungen seien noch das Andante im Saal aus der „Sinfonie mit Pauken und Trompeten“ von Haydn und die äußerst feilfertig aufgenommene Phantasio aus der Verdi-Oper „La Traviata“ hervorzuheben, wobei sich Kollege Erich Krey als tüchtiger Solist erwies. Unter Voranstellung des Mottos „Es lebe vergessen des Liebes Günst das Ungemach uns der schwarzen Kunst“ hieß Vorkühnerer Fritz Halle (Hamburg) die Festgäste willkommen und betonte die im Bunde gepflegte vermittelnde Aufgabe künstlerischer Betätigung und den Glauben an ein gemeinsames Ziel, wahres Menschentum zu erstreben. Gauvorsitzer Kuntler würdigte das besondere Verdienst der Kollegengangsvereine, in uneigennützigster Weise die Pflege echter Kollegialität und Solidarität zu erstreben in einer Zeit wirtschaftlichen

Niedererganges, wo mancher Kollege den Glauben an die innere und schöpferische Kraft des Verbandes leider verloren habe und abseits am Wege verharre, statt in gemeinsamem Abwehrkampf Schulter an Schulter zu stehen. Seitens des Gauvorsitzenden Hamburg im Deutschen Arbeiter-Sängerbund fand Sangesgenosse Blankenfeld in seiner Begrüßungsansprache herzliche Worte der Anerkennung für die bisher von den Buchdrucker-Sängerbundvereinen im Dienste der Arbeiter-Sängerbund-Bewegung geleistete Arbeit und Schulung der Chöre auf künstlerischem Gebiete; die Buchdrucker-Sängerbundvereine seien heute einfach nicht mehr wegzudenken aus der Arbeiter-Sängerbund-Bewegung. Die Sängergemeinschaft Schlesischer Buchdrucker-Sängerbundvereine (Sitz Plessing) und die Kollegengangsvereine Leipzig und Flensburg hatten neben anderen telegraphisch herzliche Glückwünsche übermittelt. Um auch dem Begrüßungsabend die rechte Weihe des Gelanges zu geben, eröffnete „Gutenberg“ Hamburg-Altona den Reigen mit „Sänger der Freiheit“, „Typographia“ Hannover schiedt nach einigen wichtigen Tendenzsätzen ihr Soloquartett ins Feld, welches sich den Liedern „Hoheliegender Frühling“, „Rüdesheimer Wein“ und „Reinhold“ in die Herzen der Zuhörer sang. Von den kleineren Chören trachten „Gutenberg“ Oldenburg mit „Frühlingsschnehen“ von Weber und „Sängermarsch“ von Uthmann sowie „Typographia“ Rostock durch Vortrag der beiden Volkslieder „Kein Feind, keine Rote“ und „Der Schiffer pflügte sich zum Tau“ den untrüglichen Beweis, daß auch diesen Vereinen die Leistungsfähigkeit und Berechtigung der Selbstständigkeit nicht abgesprochen werden kann.

Bürger, Bier- und wie die sonstigen Steuern helfen mögen, sind fast unerschwinglich. Nun soll der arme Mann folgendes noch das große „Geld“ haben, 2 bis 3 Kinder zu haben! Bleibt ihm dann wirklich so viel übrig, daß er noch mehr an Beiträgen entrichten kann? Die neue Rotverordnungsung knüpft uns außerdem noch das Verbot ab. Meine Meinung ist, daß es unmöglich ist, diese Kollegen noch mehr zu belasten. Gewiß, es mag auch Idealisten geben, die den letzten Groschen hergeben, um ihren Kollegen zu helfen. Wir wissen aber auch, daß wir einen großen Teil allzu menschlich denkender Kollegen unter uns haben, denen das schon zuviel ist, was sie heute bezahlen. Außerdem wird wohl schon von den meisten Kollegen erkannt worden sein, daß auch bei uns der Friedensstand von 3 bis 6 Proz. Arbeitslosen nicht mehr in Frage kommt. Noch sind wir nicht am Ende der Rationalisierung. Wieviel Kollegen dadurch noch brotlos werden, wer fragt danach?

Daß aber wir Verbandskollegen, die wir noch in der glücklichen Lage sind, Arbeit zu haben (wie lange noch?), auch am Ende unserer Zahlungsfähigkeit angefangen sind, das wird wohl niemand bestreiten wollen. Man rechne nur zusammen: Verband, Ort, Bezirk, Gau, Sparte, Bildungsverband, Gesangverein, Partei, Reichsbanner, Zeitung, Steuern, Krankenkasse, Erwerbslosen-, Invalidenbeiträge usw. Jeder nur einigermaßen objektiv denkende Kollege wird zugeben müssen: Weiter geht es nicht mehr. Wie helfen wir aber, daß unser Verband nicht nur hell aus dieser Krisenzeit herauskommt, sondern daß auch unsere Arbeitslosen nicht zu kurz kommen? Mit kleinen Mitteln ist hier nichts getan. Nur eine Radikalkur kann uns aus der Verlegenheit helfen. Man schaffte sich durch dieses Mittel zwar keine Freunde, aber das ist mit in den Kauf zu nehmen. Unsere Finanzen einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, was bleibt uns zu tun übrig: **A b b a u d e r U n t e r s t ü t z u n g s s ä h e**. Es gab mal eine Zeit, wo viele Kollegen gegen zu starken Ausbau unserer Unterstützungszweige waren. Heute aber sind wir ein Verein, der bei einem verhältnismäßig geringen Beitrag Unterstützungsgewährt, wie sie keine Versicherungsgesellschaft leisten kann. Das können aber auch wir auf die Dauer nicht. Auch die Opferwilligkeit hat ihre Grenzen. Das klingt zwar hart, ist aber leider Tatsache. Ich komme nun zu meinen Vorschlägen: Abbau der Unterstützungszweige, und zwar muß das ganze Unterstützungssystem gründlich durchrevidiert werden. Abbau der Rückergiltungen. Die jetzt amtierenden Funktionäre werden im Interesse der guten Sache gerne auf einen Teil der Remuneration verzichten. Nur dieser einem Funktionär nicht zu viele Nebenposten, die alle mit Gelbausgaben verknüpft sind, aufgeschafft werden. Größte Sparmaßnahme bei der Hauptverwaltung, Reduzierung der Gehälter der Angestellten. Daß die Gehälter der Angestellten niedriger sein können, werden wohl auch einschichtige Verbandsangestellte zugeben. Verabsiegung der Diätensätze bei Verbandstagen, Reisen usw. Auch hier könnte sehr viel gespart werden. Zur weiteren Unterstützung der ausgekosteten Arbeitslosen ist der Extrabeitrag um 20 Pf. in jeder Stufe zu erhöhen.

Daß diese Vorschläge nicht der Weisheit letzter Schluss sind, daß dadurch unsere Finanzen nicht mit einem Schläge gebessert werden können, das weiß ich. Aber etwas Brauchbares wird wohl der Verbandsvorstand herausfinden, was zum Nutzen unseres Verbandes ist. Meine Vorschläge sind radikal, aber harte Zeiten verlangen eben auch harte Maßnahmen. Es muß gelingen, unsern Verband wieder so zu festigen, daß er ein zuverlässiger Hort in jeder Lebenslage ist, wie er es uns immer war. Der nächste Verbandstag muß sich mit dem Beitrags- und Unterstützungswesen ganz intensiv befassen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die es uns möglich machen, auch in Krisenzeiten leistungsfähig zu bleiben. Vielleicht wäre es auch vorteilhaft, das gestaffelte Beitrags- und Unterstützungssystem einer gründlichen Vorberatung zu unterziehen.

L a n g e s a l z a .

S. R e b .

Die Zeiten, in denen im kapitalistischen Deutschland scheinbar nur noch mit sogenannten „Rotverordnungen“ regiert werden kann — früher wurden derartige Maßnahmen mit dem Wort „Diktatur“ bezeichnet —, können naturgemäß auch nicht spurlos an unsern Verband mit seinen gesamten Einrichtungen vorübergehen. Die Stöbelschicht, die uns durch Kollegen Schweinitz in seinem Artikel „Krisenwirkungen“ unterbreitet wurde, konnte wohl für einen großen Teil der Kollegen schon deswegen nicht überzählig kommen, weil die Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens und des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten immer schlechter statt besser geworden ist. Wir stehen nun vor der schweren Entscheidung, in möglichst kürzester Zeit Maßnahmen zu treffen, die die Einnahmen und Ausgaben unserer Verbandskasse in Einklang zu bringen haben. In eine Beseitigung des bisher schon existierenden Defizits ist meines Erachtens jetzt gar nicht zu denken, weil dadurch eine zu große Belastung für die gesamte Kollegenchaft entstehen würde.

Was ist nun zu unternehmen, um ein weiteres Anwachsen des Defizits zu verhindern? Zu der vielleicht schon geplanten Beitragserhöhung will ich zuerst Stellung nehmen und offen meine Ansicht in dem Sinne äußern, daß für die zum nackten Minimum und nur einige Mark darüber entlohnenden Kollegen die Grenze in der Beitragsleistung schon seit langem erreicht ist und nur in dem äußersten Notfall noch überschritten werden kann, wenn die Maßnahmen, zu denen ich noch kommen werde, auch nicht zur Vermeidung eines Fehlbetrages ausreichen sollten. Den noch in Arbeit stehenden Kollegen sind neben dem ungerechten Lohnabbau im Februar d. J. außerdem vom „Rater Staat“ derartig hohe Belastungen aufgeschafft worden, die eine brüderliche Last für die Arbeiterchaft bedeuten und durch die eine Erhöhung des Verbandsbeitrages fast zur Unmöglichkeit wird. Die neueste Brünninger Rotverordnung bringt uns wieder eine weitere nicht unerhebliche direkte Belastung, und zwar die sogenannte „Krisensteuer“!

Und nun einige erste Worte zu einem Abbau unserer Leistungen, der ja erfolgen muß, wenn Einnahmen und Ausgaben sich decken sollen. Es ist wohl doch zu verantworten, wenn wir den Vorschlag des Kollegen Schweinitz akzeptieren und die Unterstützungssätze für die r e g u l ä r e n Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und auch die Bezüge für die Invaliden um 20 bis 30 Pf. pro Tag kürzen. Der Vorschlag der Invalidenunterstützung darf ferner den Betrag von 60 M. im Monat nicht übersteigen. Eine Reform unserer Invalidenunterstützung wird sich nicht umgehen lassen, da der Invalidenstand eine nie erwartete Höhe erreicht hat und erreichen wird. Der Verband wird nicht in der Lage sein, die schon für normale Zeiten sehr guten Unterstützungssätze in den schweren Krisenzeiten weiter zahlen zu können.

Eine besondere Beachtung erfordert unsere Hilfe für die Kruppen unserer Arbeitslosen Kollegen, für die Ausgesteuerten. Es ist mir nicht möglich, meine Zustimmung dazu zu geben, daß die Sätze der Krisenfürsorge des Verbandes gekürzt werden und eine Begrenzung der Begugsdauer eintreten soll. Für die Kruppen der Armen ist diese Hilfe der einzige Lichtblick in dem schweren Daseinskampf und das Zehden einer unbedingten Solidarität, das wir ihnen auf keinen Fall nehmen dürfen. Sollten die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen, daß das Geld für unsere Krisenfürsorge in der bisherigen Form aufgebracht wird, dann erkläre ich mich mit einer Beitrags-erhöhung einverstanden, die aber unter allen Umständen nach dem Bruttoverdienst logisch gestaffelt sein mußte.

Eine neue, wenn vielleicht auch nur geringe Einnahmequelle könnte der Verbandsvorstand noch in der Weise erschließen, daß er die Beiträge der Lehrlingsabteilung für die Lehrlinge im 3. Lehrjahr um 20 Pf. und für diejenigen im 4. Lehrjahr um 40 Pf. pro Woche erhöht. Dem Verband haben es die Lehrlinge mit in erster Linie zu verdanken, wenn sie im Vergleich mit anderen Berufen annehmbare Lohngehälter erhalten, und außerdem ist es doch

auch für sie ein nicht zu unterschätzender Vorteil, wenn ihnen ein Fünftel der Beiträge voll gutgeschrieben werden, die sie während ihrer Lehrzeit geleistet haben. Außerdem müssen in heutiger Zeit leider schon sehr viel eben ausgeleert Kollegen die Krisenfürsorge des Verbandes in Anspruch nehmen und aus diesen Gründen heraus glaube ich bestimmt annehmen zu dürfen, daß die jüngste Generation in unserer Lehrlingsabteilung gern das Opfer auf sich nehmen wird. Der Verbandsvorstand hat ferner noch zu prüfen, ob am Verwaltungssparapparat nicht auch noch gespart werden kann und hoffentlich fällt es ihm nicht schwer, die Stimmung der Kollegenchaft richtig zu beurteilen und den gangbarsten Weg aus dieser Finanzmisere zu finden.

M a g d e b u r g .

E r i c h W ö l l s t o r f .

Daß die Rechnungslegung des Kollegen Schweinitz in Nr. 42 eine Flut von Entgegnungen bringen würde, war wohl jedem interessierten Kollegen klar. Erfreulich aber ist an der ganzen Sache, daß trotz dieser bittersten Zeit, in der wir gegenwärtig leben, so viele Kollegen versuchen, einen Ausweg zu finden, der allen Teilen der Kollegenchaft, Arbeitenden und Arbeitslosen, gerecht wird. Daß natürlich einige weit über das Ziel hinausschießen, ist bei solchen dringlichen Fragen nicht zu verwundern. Zwecklos ist es jedenfalls, alles auf einen Nadel zu büdlen, solange, bis derjenige, der die Last trägt, darunter zusammenbricht. Krisenzeiten verlangen energische Maßnahmen zu ihrer Beseitigung, das sollte sich vor allen Dingen einmal die Reichsregierung zu eigen machen. Unsern Verband aber wollen wir selber helfen.

Ich kann mir, und ich möchte das allen n o c h arbeitenden Kollegen empfehlen, sich die Ansicht des Kollegen — in Nr. 45 des „Korr.“ zu eigen machen, der in seinem Artikel vorschlägt, einen erneuten Extrabeitrag von 50 Pf. und die gestaffelten Extrabeiträge in jeder Stufe um 50 Proz. zu erhöhen. Es ergibt das zwar eine starke Mehrbelastung der Beserrentkollegen. Auf jeden Fall aber ist diese Lösung der Frage entschieden gerechter, als der Vorschlag des Kollegen „Kati“ in Nr. 45, Seite 288 des „Korr.“, der dahin zielt, die Maschinenlegerprozentage, Korrekturaufschläge und Schichtzuschläge prozentual auf die Beiträge umzurechnen. Kann überhaupt ein in Normalhöhe (von 7 bis 16 Uhr, Sonnabends bis 13 Uhr) arbeitender Kollege ermaßen, was es heißt, jahrelang in Schicht zu arbeiten, um dann am Ende für die minimalen Prozente für die Schicht obendrein noch erhöhten Beitrag zu zahlen? Daß diejenigen, die höheren Lohn erhalten, auch höher für die Sanierung unserer Finanzen in Anspruch genommen werden, dem wird sich wohl keiner von diesen verschließen. Man muß aber auch daran denken, daß der Nettolohn, den wir als „Reiche“ beziehen, durch höhere Steuern und Sozialbeiträge und durch die stärkere Belastung durch die neue Krisenlohnsteuer nicht mehr so hoch ist, wie es jeder gern wünschen möchte. Eine Frage möchte ich aber noch in den Vordergrund schieben, die ich mir schon oft durch den Kopf gegangen ist und über die ich mich durch Arbeitslosigkeit schon früher klar geworden bin.

In einer Zeit wie diese, die durch jahrelange Arbeitslosigkeit geeignet ist, jeden in der Zahl seiner zu erreichenden Beiträge um ein gutes Stück zurückzuwerfen, wäre es meines Erachtens doch angebracht, die Beiträge auch auf Arbeitslose und Kranke auszudehnen. Ähnlich wie bei anderen Verbänden und Gewerkschaften, die von ihren nicht in Arbeit stehenden Mitgliedern Krisenbeiträge erheben. Durch eine einheitliche Berechnung müßten diese Beiträge (ich nehme an: 25 Pf. je Mitglied in einer Woche, in vier Wochen 1 M. = ein Vollbeitrag) für die gestandenen arbeitslosen und kranken und ruhenden Mitglieder in Vollbeiträge umgerechnet werden. Vielleicht ließe sich dann auch in Erwägung ziehen, daß die Unwirtschaft auf die einzelnen Unterfüllungen herausgesehen würde. Fest steht für mich, daß wohl jeder Arbeitslose diesen Vorschlag begrüßen wird, da diese 25 Pf. als Reduzierung der Unter-

Der Pfingstsonntag brachte noch mehr auswärtige Gäste und ließ unter strenger Leitung von Chormeister Hansen-Teibel (Hamburg) den stattlichen Gesangschor aller Vereine antreten mit dem Einleitungsschorwerk „Tröstlich Must“, das der österreichische Komponist Anton Wuckner im Jahre 1877 in St. Florian verortet hat. Feierlich und erhebend hallten die wuchtigen und langgezogenen Akkorde durch den großen Saal: „Musik, du himmlisches Gebilde voll hoher Macht, voll süßer Milde, wir fähnen doppelt tief dein Walten, wenn uns ein Leid das Herz gespalten!“ Im folgenden friedlichen Sängerkreis der Vereine wurden Lieder von Fr. Schubert, Robert Schumann und Felix Mendelssohn-Bartholdy gesungen, wobei unter gewissenhafter Vermeldung eines Zwischenspiels ein einheitlicher äußerer Darbietungsrahmen geschaffen war. „Typographia“ Hofstad unter Leitung von Kammerjäger Alfred Pfister darf man zu dem guten Geiß beglückwünschen, sich vor einem halben Jahr diesen Dirigenten gesichert zu haben, der auf Klangschönheit und gute Aussprache besonderes Gewicht legt und mit dem Eichendorff-Mendelssohn-Lied „Abschied vom Wald“ eine Glanzleistung lieferte. Dem kleinen Chor „Gutenbergs“ Oldenburg unter der Leitung von Diplom-Musiklehrer Rüttner gelang das erste Schubertlied „Die Nacht“ sehr gut, während das herinnliche Volkslied „Der Lindenbaum“ in der gewählten sonderbaren Art des Vortrags völlig danebenlag, weil das gar zu bekannte Lied stellenweise eine Ausbeutung ohne stimmungsgemäße eine störende Intonation unterließ, soll der Gerechtigkeit halber nicht verschwiegen werden. Mit dem

Schubertlied „Nachmittag im Wald“ der „Graphischen Niederlage“ Albed unter der Staßführung von Otto Hauspflug wurde eine vortreffliche Gesangsleistung erzielt und bewies, daß der Chor über gut geschultes Stimmmaterial verfügt. Gesangverein „Gutenberg“ Bremen unter dem Dirigenten S. Dierschke entludte durch seifenvollen Vortrag und klangreiche Wiedergabe der Schubertlieder „Das Dörfchen“ und „Der Gondelfahrer“, welsch lehreres in Herrn Hansen-Teibel einen feinsinnigen Begleiter am Klavier fand. Eine äußerst schwierige Gesangsleistung meisterte fast spielend der große Chor der Niederlage „Typographia“ Hannover unter Musikdirektor Heinrich Zmelmann mit dem von Schubert vertonten Götterlied „Gesang der Geister über den Wassern“. Dem temperamentvollen Dirigenten wurde lebhafte Beifall gezollt. Auch Niederlage „Gutenberg“ von 1877 Hamburg-Altona erang mit dem Chor „Die Minnesänger“ und dem freilichtragischen Kampfslied „Schwarz-Rot-Gold“, in Musik gesetzt von Robert Schumann, starken Erfolg. Die vereinigten Gesamtschöre traten noch einmal unter Heinrich Zmelmann an, um „Die Stiftungsfeier“ von Mendelssohn-Bartholdy ausklingen zu lassen in den Text: „Auf, Freunde, laßt das Jahr uns singen, das unsres Bundes Wiege war, ein volles Glas der Sorge bringen, die diesen Festtag uns gebar, die diesen Freudentag gebar!“

Nach einer kurzen Ansprache des Sangesbrüders Eduard Kanowsky (Hannover), der als Mitbegründer des Bundes die markantesten Begebenheiten der 25 Jahre aufgezählte und Musikdirektor Zmelmann als Dirigentenjubiläum

feierte, konnte der feierliche Festakt mit dem Bundesmotto und der Symne von Weiskel seinen würdigen Abschluß finden. Die kollegiale Feierstunde, die diesem Festakt folgte, brachte unterhaltende Vortragsskizzen des Hamburger Gutenberg-Drehscheib, stimmungsvolle Lautengesänge von Richard Germer (Hamburg) und originelle Solodarbietungen des Quartetts „Typographia“ Hannover. In einer Ansprache hob Genosse Mendt vom Bildungsausschuß der SPD. den Anspruch in den Vordergrund: Kultur, das war eure Lösung und wird unsere Lösung sein in den kommenden Kampfjahren! Sangesbrüder Glander (Bremen) überreichte dem Hamburger Bruderverein das in Spritzgedicht ausgeführte und gerahmte Bundesmotto mit dem Wortlaut: „Zu Gutenbergs Ehr, dem Bunde treu, das Herz dem Verband, im Biede frei“, worauf Sangesbrüder Wilhelm Rechenbeck (Hamburg) den Dank des Bundesvorortes zum Ausdruck brachte und den auswärtigen Sangesfreunden für die rege Beteiligung Anerkennung sollte. Sangesbrüder Albrecht (Braunschweig) wünschte, daß das nächste Bundesfest in vier Jahren in Bremen gleich gute Beteiligung und festlichen Verlauf nehmen möge und dankte den Hamburgern für den schönen Empfang. Mit einer fünfständigen Dampferfahrt auf der Elbe am Pfingstmontag und einem Ausflug nach Blankenese am Dienstag fanden die Jubiläumseranstaltungen einen harmonischen Ausklang, wobei noch manches kollegiale Abschiedswort von allen Vereinen gewechselt wurde und manch lustiges Lied aus frohen Reden hinausgeschmettert wurde. W. R. (Hamburg).



Hilfung dem Verbands wieder zuzuführen und trotzdem auch für ihn von Vorteil sind. Am besten wird dieser Vorteil bei einem späteren Besuche der Invalidenunterstützung des Verbandes erkannt werden. Den Abbau der Invalidenunterstützung möchte ich unter allen Umständen verhindert wissen.

Leipzig,

L-g.

Es gibt laut Statut nur eine Gattung Verbandsmitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten. Wenn der Verbandsvorstand mit der Festsetzung von Extrabeiträgen davon abgegangen ist, so wollen wir das mit der Not der Zeit entschuldigen. Streng genommen ist aber die Festsetzung von Extrabeiträgen ohne Einräumung entsprechender Rechte unzulässig. Ich schreibe das deswegen, weil Vorschläge in „Korrespondent“ gemacht werden, z. B. von „Kakti“, Freiburg, die man als Phantasie bezeichnen kann. Für „Kakti“ selbst ist freilich eine Erhöhung des allgemeinen Beitrages nicht mehr tragbar. Es sollen also — andre zahlen! Eine „Erfassung“ höherer Entlohnung in der Weise, daß z. B. bei einem Lohn von 100 M. dreifig Extrabeiträge zu leisten wären, ist einfach uninnig. Wenn die Staffellung der Extrabeiträge so fortgeführt würde, müßte z. B. der Direktor eines bekannten Betriebes, der zudem auf den Schultern der Arbeiterkassen in seine Position gelangt ist, bei 20 000 M. Gehalt wöchentlich etwa 120 Extrabeiträge zahlen. Wäre das so führerlich? (Schriftleitung.) Kein Verbandsvorstand hat das Recht, über das Einkommen der Verbandsmitglieder nach Gutdünken zu verfügen. Sonst könnte er ja einfach bestimmen, daß der etwa 70 M. überfließende Verdienst an die Verbandskasse abzuliefern ist. Wenn von einzelnen Mitgliedern höhere Beiträge verlangt werden, dann müßten dem auch Gegenleistungen des Verbandes gegenüberstehen. Etwas anderes kann es nicht geben.

Zur Kassenlage des Verbandes selbst folgendes: Eine Herabsetzung der Invalidenunterstützung ist unmöglich. Die alten Kollegen, die zum Teil 50 Jahre lang ihre Beiträge gezahlt haben, oftmals noch in einer Zeit, als fast Mut dazu gehörte, Verbandsmitglied zu sein, haben ein Recht auf Zahlung der vollen Unterstützung. Das gleiche gilt von dem Krankengeld. Auch hier ist eine Kürzung unmöglich. Zudem ist durch den Fortfall des Gauzulufusses das Krankengeld schon um etwa ein Drittel geringer geworden. Hier wäre eher eine Erhöhung nötig. Na, und die anderen Unterstützungsätze? Soll etwa an der Arbeitslosenunterstützung gespart werden? Nein! Was bleibt da übrig? Man könnte vielleicht die Ratenen etwas ändern. Aber dadurch würde auch nicht viel gespart. Es bleibt eben nichts anderes übrig, als den Beitrag a l l e m e i n herauszufahren. Die „Erfassung“ der höheren Löhne nach dem Muster von „Kakti“ wäre jedoch ein skandalöses Beginnen, denn jede Rechtsgrundlage fehlt — es sei denn, wie schon gesagt, daß man den Kollegen entsprechende Rechte einräumte.

Neufölln.

Christian K.

Der Artikel unseres Verbandsfinanzministers wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel auf das Gros der Kollegenschaft. Debatten über Beitragserhöhung oder Abbau der Unterstützungsätze waren und sind an der Tagesordnung. Man kann aber auch hierin geteilter Meinung sein. Notzeiten verlangen besondere Maßnahmen und eine opferbereite Kollegenschaft. — Einer vernunftgemäßen Beitragserhöhung und einem teilweisen Abbau der Unterstützungen kann man sich kaum verschließen, dabei ist aber zu berücksichtigen, daß unsere Beitragshöhe einmal eine Grenze haben muß; denn für die Kollegen, die zum Minimum stehen und keinen oder nur kleinen Vorkaufschlag haben, zudem noch von Lohnabbau und Steuererhöhungen geplagt werden, ist dieses ohnehin ein großes Opfer. Andererseits sind es die statutarisch festgelegten und verbrieften Rechte der Mitglieder, die am ehesten eine Senkung tragen müßten, mit Ausnahme der Invaliden- und Gemahregeltenunterstützung. Denkt man an die Kranken-, Sterbe-, Umzugs- und Reisunterstützungen, so müßte hier allenfalls „gespart“ werden, obwohl sich auch dabei in einzelnen Fällen Härten herausstellen würden. Man muß also zu dem Schluß kommen, daß die nicht statutarisch festgelegte Koststandsunterstützung beibehalten werden muß, obwohl diese eine von der Kollegenschaft getragene freiwillige ist, und ebenso die Invalidenunterstützung. Dies als Grundlag voraus, obwohl es nicht der eigentliche Sinn meiner Ausführungen sein soll.

Zwei Tatsachen vermisse ich immer wieder, die auch eine Rolle in dieser Debatte spielen. Zunächst, früher wurde immer und immer wieder betont, daß der Verband keine Unterstützungs-, sondern eine Kampfgemeinschaft sei. Grundätzlich stehe auch ich heute noch auf diesem Standpunkte, obwohl von Kampf nicht mehr viel zu sehen ist, weil vielleicht die staatlichen Bindungen zu stark sind, und weil im Augenblick Gewerkschaften und Partei in Defensivstellungen gezwungen sind. Göße hier nicht die neue Kotverordnung Gelegenheit, aus dieser Stellung herauszukommen? Ein Staat und die Parteien, die sich mit aller Macht gegen eine vernünftige Geburtenregelung stemmen, die Kinder uferlos in die Welt gesetzt haben wollen (vom Proletariat) haben auch die Pflicht, für diese Opfer der kapitalistischen Reservearmee zu sorgen und sie nicht der Hungern zu lassen. Aber für diese Armen haben der Staat und auch die Parteien kein Geld, während für anderen Wäldern wie Panzerkreuzer und uniformierte Puppen Geld da ist. — Dann die zweite Tatsache, die meiner Ansicht nach die wichtigste und die Ursache des Elends in unserm Gewerbe ist, vermisse ich ganz: die Leh-

lingskata! Diese ist bestimmt eines der größten Übel der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe. Haltet einmal Umschau in jedem Ortsverein, verlegt die Ab- und Jungänge, stellt die Sterbefälle dem Zustrom der Neuausgelernten gegenüber, ihr werdet erschreckende Zahlen finden! Wenn auch der Bedarf an Gehilfen heute zweifellos etwas höher ist als früher, so muß doch die Tatsache ernstlich bedacht werden, daß heute noch so viele Gehilfen in Kondition sind, wie vor dem Kriege. Hier, Verbandsvorstand und Kollegen, gibt es ein Kampfgebiet, das wir zu unserm Gunsten beschreiten müssen! Es ist nach meiner Ansicht das wichtigste Gebiet und muß unser wichtigster Angriffspunkt bei Verhandlungen bleiben!

Am besten gebietet wäre uns Gehilfen wohl allen, wenn wir, wenn auch nicht ganz, die Arbeitslosigkeit beseitigen könnten, dann wäre die Krise vorbei und die Debatten beendet. Dabei kommen wir zum dritten Punkt, der aber schon mehrfach erörtert wurde, der Einführung der 40-Stunden-Woche.

Kollegen, ich bin mir bewußt, daß auch auf diesem Gebiete nicht mit dem nötigen Nachdruck gearbeitet wird, man läßt die Dinge allzu ruhig an sich herantommen, bis auf einmal, dann der „segenreichen“ Tätigkeit Brünning-Steigerwalds eine gezielte Kurzarbeit eingeführt ist. Nein, das ist nicht der Sinn unserer Forderung, wir wollen dabei einen Lohnausgleich und möglichst einen vollen, damit wir kaufen können, wo die Welt vom Überfluß an allen Produkten bald plakt. Aber!? Wo steht man hier tatkräftige Angriffsarbeit? In jedem Betriebe müßte durch die Betriebsvertretungen eine Forderung in diesem Sinne gestellt werden, auch darf es nicht ein halt geben für Kleinbetriebe bis zu 10 Arbeitern. In unserm Gewerbe wurde diese Forderung erhoben, und wenn wir uns auch keiner Illusion hingaben, so hat uns doch die Antwort übertrajst. In der Frage des Lohnausgleichs fanden wir kein Verständnis, doch wurde uns in der grundsätzlichen Frage schriftlich mitgeteilt, daß „die Geschäftsführung als einziger Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisis die Einführung der 40-Stunden-Woche sehe.“ Wir sind kein Großbetrieb, sind aber immerhin ein Nachtbetrieb eines Weltkonzerns und damit wird die Antwort interessanter. Ich bin der Meinung, wenn der Verbandsvorstand einige Hundert solcher Antworten in Händen hätte, wäre es ihm bei Verhandlungen leichter gemacht. Also heraus aus der Reserve in den Betrieben!

Zusammenfassend noch einmal: In Notzeit opferbereit! Weg mit der Lehrlingskata! (Wichtiges die Unternehmer ebenfalls längst bestigt sehen! Schriftleitung.) Her mit der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

K h e y d t.

W a l d h a u s e n.

### Aberorganisation und andres

Daß die Feinerkeit in einer Barmer Bezirksversammlung aus Anlaß der Gründung einer Handwerkerpartei gepflogene Debatte und geplante Antragstellung zur Vereinfachung unfres Spartenwesens nun doch noch Widerhall in „Korr.“ findet, ist erfreulich. Auch dann erfreulich, wenn die Ansichten sich direkt diametral gegenüberstellen, denn es müßte schlecht um diese Einrichtung bestellt sein, wenn Angriffe auf dieselben nicht auch Verteidiger fänden. Besonders, wenn es sich wie hier, um eine traditionelle, mit viel Idealismus aufgebauete und geförderte Sache handelt. Keiner kann und will die segensreiche Tätigkeit der Sparten in der Vergangenheit bestritten, ebenso wenig wie man den Handsehern und was eventuell noch kommen mag, verwehren kann, was bei den andern Gruppen schon Tradition geworden ist. Es wird auch durchaus nicht behauptet, daß gute Spartenmitglieder schlechte Verbandskollegen seien, auch hat Kollege Cohen recht, daß aus den Sparten viele, und nicht die schlechtesten Verbandsfunktionäre hervorgegangen sind. Ich wage sogar zu behaupten, daß es gerade bisherige treue Spartenanhänger sind, die früher vielleicht sogar Wegbereiter und Vorkämpfer derselben waren, die auch heute wieder nach andern, besseren Wegen suchen, gezwungen durch die Not der Zeit. Zeitgedanke müßte fast alle, ob pro oder contra, bei sein, wie bringen wir unser Verbandschiff einigermaßen heil durch die ziemlich hoch gehenden Bogen der Zeit, auch auf die Gefahr hin, daß eventueller Ballast über Bord gehen muß. Die vom Kollegen Schweinitz mit aller Deutlichkeit ausgezeigten Krisenwirkungen lassen wohl kaum Zweifel aufkommen, daß uns keine Plektät vor altbergedachten Aberlieferungen, von notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen abhalten darf, wenn dadurch in der Zukunft dem Ganzen gedient werden kann.

Es ist schon oft gesagt worden, daß es in der Beitragshöhe tatsächliche Grenzen gibt und Überschreitung dieser Grenzen bestimmte Gefahren in sich birgt, und doch wird man diesen Weg gehen müssen, denn in einem Abbau der Unterstützungsätze liegen meines Erachtens noch weit größere Gefahren, besonders, wenn dieser Abbau parallel läuft mit immer weiterer Verschlechterung der öffentlichen Unterstützungsleistungen. Der Verbandsvorstand möge sich hier von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Vor allem aber hat er die Pflicht, darüber zu wachen, daß nicht das ganze Gebäude zusammenstürzt. Opfer müssen gebracht werden von Allen, ob gern oder ungern, diese Opfer müssen verlangt und können getragen werden, wenn wir uns a l l e des Ernstes und der Not der Zeit bewußt sind und uns später berechtigte Vorwürfe ersparen wollen.

Aus diesen Gedankengängen heraus sind auch die Anregungen auf Vereinfachung unfres Spartenwesens geboren. Auf dem Beitragsgebiet und auch auf dem Gebiet der Versammlungen stehen sich bestimmte Einsparungen machen. Warum sollte sich unter dem Bildungsverband technisch

nicht das ermöglichen lassen, was z. B. bei den Stein-druckern von Anfang an geschaffen wurde? Sind technisch Maschinenleger und Notationser weiter voneinander entfernt als bei obengenannten Chemigravur oder Lithograph zum Offsetdrucker? Es wäre meines Erachtens bei uns häufig sehr zu wünschen, daß die einzelnen Gruppen gegenseitig ihre Schmerzen und Gebrechen besser kennen und verstehen lernten. Ich halte es durchaus nicht für so schrecklich, wie Kollege Cohen, wenn ein Handleger einmal einen ganzen Tag dauernden Vortrag über Segmalien anhören „muß“. Mancher Vortragsstoff könnte vermieden werden, wenn nicht eine Sparte „glänzendere Stoffe“ hätte als die andre.

Daß sich eine Neuregelung auf behandeltem Gebiet nicht von heute auf morgen schaffen läßt, ist klar, daß sie aber kommen wird und muß, ist auch sicher, und sie wird um so schneller kommen, als sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß durch die Sparten materielle Vorteile (speziell Lohn) nicht mehr zu erzielen sind.

Auf unlesbare Begleitercheinungen im Spartenwesen will ich nicht groß eingehen, aber eines ist bestimmt, daß in den Spartenversammlungen das „Technische“ sehr zurückgedrängt worden ist zugunsten oder zum Schaden von Sachem, die in die Ortsvereinsversammlungen gehören. Auch könnten manche Stellungen g e r e c h t e r durch den zukünftigen Arbeitsnachweis vermittelt werden, als wenn durch Spartenfunktionäre unter der Hand dazwischengegriffen und dadurch unnötige Verbitterung erzeugt wird. Funktionäre haben v o r a l l e m die Pflicht, die tariflichen Einrichtungen zu respektieren, auch auf die Gefahr hin, daß für sie einmal ein jahrelang Arbeitsloser in einen Parteibetrieb kommt. Alle unfre Kollegen bringen zur Zeit große Opfer, die Arbeitenden sind auch die Draußenstehenden. Die letzteren zeigen bis jetzt eine bewundernswerte Disziplin, hüten wir uns aber, sie ungerocht oder als Mitglieder zweiter Klasse zu behandeln. Wir brauchen keine Sparte der d a u e r n d Arbeitslosen!

Nun noch zu einer andern Überorganisationsform. Der letzte Verbandstag hat die Aufhebung der Gau- und Bezirkssterbefälle beschlossen. Darunter befand sich auch, gegen den Willen von neun Zehntel der Mitglieder des Gauwes, die Gausterbefälle von Rheinland-Westfalen. Die Rasse war gut fundiert und lebensfähig, aber da konzentriert werden sollte, wurde alles in einen Topf geworfen. Man wollte Vereinfachung, aber was ist geworden? Wenn alles gut geht, wird der nächste Gauverbandstag Verbandsstagsbeschlüsse Rechnung tragen, dafür sind dann an allen Ecken und Ranten Dutzende Ersatzkassen entstanden. Es gibt wohl kaum noch Bezirks- oder Ortsvereine, die nicht ein Umlage oder sonstige „freiwillige“ Sterbefälle für ihre Mitglieder und Frauen unterhalten. Gegenüber den jetzigen Umständen auf diesem Gebiet war der frühere Zustand direkt ideal, und es wäre zu wünschen, daß der kommende Verbandstag seinen früheren Beschluß in dieser Beziehung revidierte, denn wir sind durch denselben zum Gegenteil von dem Gewollten gelangt. Nur die besten Motive sind es, welche die Kollegenschaft zu solchen Raßengründungen verleiten, man will sich gegenseitig in den schwersten Stunden des Daseins stützen. Nur wäre mit der Befassung beim früheren Zustand der Sache bedeutend einfacher und vor allem sicherer gebient geworden. Man hätte die Kasse an die erhöhte Zentralunterstützung anpassen, aber vor allem hätte ein Ersatz für die Verschönerung der Frau geschaffen werden müssen. Wohl selten hat ein Verbandsstagsbeschlüsse eine solche Übertragung und einmütige Ablehnung gefunden. Wir sehen also, daß auch nach der entgegengesetzten Seite überorganisiert werden kann. Es ist daher auch nicht sicher, daß eine zwangsweise Aufhebung oder Zusammenlegung der Sparten zum gewünschten Ziele führt. Eher bin ich der Auffassung, daß durch die unausbleiblichen Beitragserhöhungen und den gleichzeitigen Rückgang der Reallöhne die Sparten selbst zu notwendigen Zusammenfassungen getrieben werden (Geld- und Mitgliederbeschwund werden sie zwingen), sei es nun unter dem Bildungsverband oder einem andern Titel.

Den Gipfel der Unterteilung im Verband dürften wir erreicht haben. Die Zahl der Vereine in unserm Reifsen geht in die ... zigtausend. Vor dem Rückwärtel müssen wir uns in acht nehmen, damit der Blick für die großen und wichtigen Ziele unfres Verbandes nicht gänzlich verloren geht. Der Gang zur Vereinsmehrerkeit darf auch nicht verhindern, daß den kommenden schwerwiegenden Beschlüssen des Verbandsvorstandes oder der Gauvorsteherkonferenz das nötige Verständnis entgegengebracht wird.

Nach 25 000 arbeitslose Verbandskollegen sind ein Problem, vor dem alles übrige Kleinram ist. An der Lösung dieses Problems sind wir a l l e auf Gebiete und Verberden interessiert, auch wenn einzelne in (vorläufig noch) „fetten Pfriinden“ schon glauben, über diese Frage zur Tagesordnung übergehen zu können. Daran muß die Kollegenschaft denken, wenn in naher Zukunft neue Opfer in ideeller und materieller Beziehung von ihr verlangt werden müssen.

Wuppertal: W a r m e n. Otto B e l l i n g r a t h.

### Korrespondenzen

Altenburg. Unfre B e r s a m m l u n g am 30. Mai hatte Leider einen schmerzhaften Besuch zu verzeichnen. Vorhänger R e i c h a r t machte zunächst einige Mitteilungen. Sodann hielt Herr Dr. D ö w i t z, Direktor des Meßverehrsamts Leipzig, einen Vortrag über „Wie reise ich gut und billig?“ Der Redner verband das in ausgeglichener Weise, den Zuhörern einen Einblick zu gewähren in den Zweck und die Ziele des Meßverehrsamts Leipzig. Das Amt ist jederzeit bereit, unentgeltlich jedem Reisenden Aufschluß darüber zu geben, wie er am billigsten und bequemsten

zeigen kann. Eine Spannspruchnahme dieses Instituts sei daher nur zu empfehlen. Weiter nahm die Versammlung Stellung zu einem Rundschreiben des Gausvorstandes und zu dem Artikel des Kollegen Schweinitz, „Krisenwirkungen“ in Nr. 42 des „Korr.“. In der Aussprache darüber konnte festgestellt werden, daß sich die Kollegenhaft der ersten Lage unserer Finanzen bemußt ist, aber eventuell auch noch weitere Opfer zu bringen bereit ist, um den Etat in Ordnung zu bringen. Auf keinen Fall will man eine Kürzung bzw. Begrenzung der Notstandsunterstützung, ebensowenig möchte man sich mit einer Beschränkung der übrigen Unterstützungsfähigkeit befassen, deren teilweise Notwendigkeit man aber schließlich einseh. Der Bericht über die Abrechnung der Winterhilfe des Vereins folgt, lag vor und wurde zur Kenntnis genommen. Es konnte festgestellt werden, daß sich die Buchdrucker in anerkannter Weise finanziell an der Winterhilfe beteiligen hatten. Ein Vorschlag des Vorstandes daß Übernahme, im dritten und vierten Vierteljahr wöchentlich 10 Pf. Extrabeitrag zu erheben zur diesjährigen Winterhilfe des Vereins folgt. Unser Bezirks-Johannisfest findet am 21. Juni im Volkshaus „Goldener Hühner“ statt. Zum Schluß brachte der Vorsitzende noch interne Angelegenheiten zur Kenntnis.

Hn. Berlin. Unsere außerordentliche Generalversammlung am 5. Juni nahm Stellung zu der angekündigten Maßnahme des Verbandsvorstandes, Senkung der Unterstützungsfähigkeit oder Erhöhung des Verbandsbeitrages um wöchentlich 1 M. Der Gausvorstand hatte diese Veranlassung einberufen, um den Delegierten und Betriebsvertretern Gelegenheit zur Aussprache über diese ernste Frage zu geben. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Schlegler legte Kollege Ulfrecht in seinen Ausführungen dar, welche Umstände den Verbandsvorstand veranlassen, den Gausvorstand in einem umfangreichen Schriftstück die Notlage der Verbandsliste zu schildern. Mit der vorgeschlagenen Senkung der Unterstützungsfähigkeit für unsere Arbeitslosen und Invaliden konnte sich der Gausvorstand nicht befassen. Wenn auch der Verbandsvorstand zu einer solchen Maßnahme das statutarische Recht habe, so könnte diese aber zu einer Entfremdung des Vertrauens zur Organisation Anlaß geben. Die erwartete Notverordnung zur Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungsstopp werde wohl überhaupt nicht zur Tatfache werden, und es sei eine Utopie, mit der Einführung derselben auf vollen Lohnausgleich zu rechnen. Einnahmen und Ausgaben der Verbandsliste müssen aber balancieren. Die geforderte Erhöhung des Verbandsbeitrages um 1 M. je Woche müsse aber abgelehnt werden, denn es gehe auch anders, die Schwierigkeiten in der Verbandsliste zu überwinden. Beitragserhöhungen haben ihre Grenzen. Der Gausvorstand habe sich in mehreren Sitzungen mit dieser brennenden Frage beschäftigt und mache einige Vorschläge, die in nachstehender Entschließung niedergelegt sind: „Die am 5. Juni tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer wendet sich entschieden gegen jede Kürzung der jahresmäßig festgelegten Unterstützungen des Verbandes, weil durch diese Schwächung in bezug auf erworbenes Recht das Vertrauen der Kollegenhaft zur Organisation schwer erschüttert wird. Zur Sanierung der Verbandsliste wird der Gausvorstand beauftragt, dem Verbandsvorstand folgende Vorschläge zu unterbreiten: 1. Der Verbandsbeitrag wird ab 1. Juli 1931 um 3000 Pf. je Woche erhöht; 2. Aufhebung der Gausbeiträge à 3000 M. aus der Verbandsliste; 3. die Notstandsliste von 10, 7,50 und 5 M. wird auf 6, 4,50 und 3 M. herabgesetzt. Außerdem ist für die Notstandsliste eine Begrunderliste festzusetzen; 4. eine anderweitige Regelung der Staffelleistungen, um höhere Beiträge zu erzielen zur Aufrechterhaltung aller Unterstützungen in jetziger Höhe.“ Zu den in dieser Entschließung enthaltenen Vorschlägen haben die Bezirksversammlungen Stellung genommen und sie einmütig gebilligt. Er hoffe, daß die heutige Versammlung das gleiche tue. In der Aussprache ergrißen das Wort die Kollegen Wieland, Erich Braun, Krehmann, Ribbans, Rieckmann, Lobe, Arndt, Bunn, Piesch und Otto Richter; ihre Ausführungen waren von dem Gedanken getragen, die Unterstützungsfähigkeit nicht zu schwächen. Alle Redner stimmten der Entschließung des Gausvorstandes zu. Kollege Krehmann brachte noch folgende Resolution ein: „Die am Freitag, dem 5. Juni 1931, im großen Saal des Gewerkschaftshauses versammelten Funktionäre des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer protestieren auf das schärfste gegen die neue Notverordnung des Brüning-Kabinetts. Die versammelten Funktionäre fordern den ADGB, und die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei auf, alle Mittel zu unternehmen, diese Notverordnung zu beseitigen. In die gesamte Arbeiterschaft geht die Aufforderung, einig und geschlossen unter der freigewerkschaftlichen Führung diese neue Belastung der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren.“ In der Abstimmung wurde die Entschließung des Gausvorstandes gegen wenige Stimmen, die des Kollegen Krehmann einstimmig angenommen. Eine vom Kollegen Urbahn vorgeschlagene Resolution, die den politischen Kampf propagiert, wurde mit überreicher Mehrheit abgelehnt. Am 7.40 Uhr schloß Kollege Schlegler die würdige verlaufene Versammlung.

In Nr. 46 des „Korr.“ vom 10. Juni 1931 schreibt in der Artikelserie „Krisenwirkungen“ ein Kollege W. aus Berlin: „Es entspricht nicht dem Ernst und der Not dieser Zeit, wenn a. B. der Gau Berlin zur Renovierung seines Gebäudes 30 233,97 M. ausgibt.“ Die Fassung des Artikels läßt den Schluß zu, daß der Gausvorstand diese Summe jetzt erst veranschlagt habe. Dem Verfasser des Artikels muß aber bekannt sein, daß die Erörterung (nicht Renovierung) der Verwaltung schon am 1. April 1930, also im vergangenen Jahre, erfolgte. Die Bezirksversammlungen gaben damals der Meinung Ausdruck, daß dazu die höchste Zeit war. Drei Jahre haben wir warten müssen, ehe wir die jetzigen Räume in Besitz nehmen konnten, wir hätten sonst das Gewerkschaftshaus verlassen müssen. Als wir die alten Räume bezogen, waren wir 8000 Mitglieder, jetzt zählen wir einschließl. Lehrlingsabteilung 18 000 und darüber. Die Aufgaben der Gewerkschaft sind bedeutend gewachsen. Nun kann jeder ersehen, ob die Veränderung notwendig war oder nicht.

Für den Gausvorstand: R. u. d. Ulfrecht.

Bernburg. Unsere Wanderversammlung am 6. Juni in Altenburg (von etwa 50 Proz. der Ortsvereinskollegen und der Kollegen aus Mühlburg besucht) beschäftigte sich u. a. eingehend mit der Finanzlage des Verbandes in Verbindung mit den Erörterungen im „Korr.“. Die versammelten Kollegen waren durchweg der Meinung, daß es recht schwer tragbar ist, in Verbindung mit der neuen Notverordnung und den aus daraus entstehenden Lohn-einbußen, eine weitere Erhöhung des Verbandsbeitrages zu übernehmen. Um aber die bei den Kollegen schon immer vorhandene Solidarität den kranken, arbeitslosen und invaliden Kollegen gegenüber aufrechtzuerhalten, erklärten sie sich bereit, eine Erhöhung des Beitrages um 50 Pf. zu leisten. Eine gerechte Erhöhung der Extrabeiträge könnte auch noch stattfinden, jedoch müßte bei den 10 bis 12 M. über den Tarif entlohneten Kollegen der Familienstand berücksichtigt werden, eventuell eine weitere Erhöhung erst bei Löhnen von 70 M. an stattfinden. Ebenfalls müßte bei den Invaliden nach den sonstigen Einkünften gefragt werden, ehe Unterstützung gezahlt wird.

Bonn a. Rh. In einer am 7. Juni hier abgehaltenen Bezirksversammlung, die stark besucht war, referierte zweiter Gausvorsteher Fette über das Thema: „Wirtschafts- und Gewerkschaften.“ In über einstündiger Vortragszeit verstand es der Redner, die Zuhörer durch seine klaren, sachlichen und tiefgründigen Ausführungen zu fesseln und darüber hinaus den Weg zu weisen, der es den Gewerkschaften ermöglichen soll, die Wirtschaftsfrage zu übersehen. Er stellte dabei die Parole in den Vordergrund: „Wer mit der 40-Stunden-Woche! Ein gerechter Lohnausgleich und Einstellung von Arbeitslosen sei zu fordern. Allerdings dürfe man auch die Kräfte der Gewerkschaften nicht überschätzen, da ein großer Prozentsatz der arbeitenden Klasse nicht organisiert ist. Um die Arbeiterschaft nicht noch mehr zu zersplittern, sei vor der von den Kommunisten aufgelegten „Roten Gewerkschaftsopposition“ und den sogenannten Gewerkschaften der Nazis besonders zu warnen. Redner nahm dann Stellung zu der Frage der finanziellen Krise in unserem Verbande. Er vertrat den Standpunkt, daß eine Beitragserhöhung von 50 Pf. wohl nicht zu umgehen sei, wolle man die Hauptunterstützungsfähigkeit auf der bisherigen Höhe erhalten. Ab- und Bau der Krankenunterstützung und Herabsetzung der Krisenunterstützung nach einer Begrunderliste von 26 Wochen könne zur weiteren Sanierung dienen. In der Diskussion wurde hauptsächlich zu letzterem Punkte Stellung genommen und in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß man mit einer erträglichen Beitragserhöhung grundsätzlich einverstanden sei. Reduzierung der Krankenunterstützung und Herabsetzung der Krisenunterstützung auf 4, 6 und 8 M. sollen dazu beitragen, daß die Beitragserhöhung auf durchschnitl. 50 Pf. dahinter könne. Die Veranlassung protestierte gegen die Schreibweise des Kollegen L. W. (Mündeln) im „Korr.“ Nr. 44 vom 3. Juni, die geeignet sei, unrechtsfähige Kollegen zu misstrauieren. Nach dreieinhalbstündiger Dauer konnte Bezirksvorsitzender Waldus die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung schließen.

Hannover-Land. Unsere Frühjahrs-Bezirksversammlung fand am 31. Mai in dem Bergstädtchen Springe statt. Hierzu hatten sich 84 Kollegen aus den einzelnen Deudorten des Bezirks eingefunden. Kollege Jürgens (Springe) hieß die Kollegen herzlich willkommen und wünschte den Beratungen guten Verlauf. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Sahn (Hannover) gratulierte dieser in herzlichen Worten den Kollegen W. Marzmann (Gifhorn), Augusteeder (Celle) und Heinrich Driwohl (Celle) zum Jubiläum ihrer 25jährigen Verbandsmitgliedschaft. Dann überreichte er fünf ausgereichten jungen Kollegen mit aufklärenden Worten über unsern Verband die Verbandshefte und die Satzungen. Hierauf hielt Gausvorsteher G. Pfingsten einen feilschen Vortrag über das Thema: „Arbeitszeitfragen.“ Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Kollegen seinen Ausführungen. Die rege Aussprache bewies, daß es der Referent verstanden hatte, die Kollegen auf diesem wichtigen und äußerst aktuellen Gebiet aufzuklären. Kollege Sahn erstattete dann den Kassen- und Geschäftsbericht. Einen breiten Rahmen nahm die Besprechung des im „Korr.“ veröffentlichten Artikels unseres Hauptfasserers B. Schweinitz über „Krisenwirkungen“ ein. Allgemein war man der Ansicht, daß schwere Notzeiten auch Opfer erforderten; welcher Weg aber beschritten werden soll, kann keiner sagen. Der Hauptstopp muß ja einen gangbaren Weg finden, um allen gerecht zu werden. Die meisten Redner waren gegen eine Kürzung der Unterstützungen und für eine tragbare Erhöhung der Beiträge, wenn möglich, durch Ausbau der Staffelleistung. Die Vorstandswohle ergab die einstimmige Wiederwahl aller amtierenden Kollegen. Die nächste Herbstversammlung soll in Hannover stattfinden.

Hindenburg (Oberhessen). Unsere Versammlung am 30. Mai beschäftigte sich u. a. eingehend mit dem in Nr. 42 des „Korr.“ erschienenen Artikel unseres Hauptfasserers, Kollegen Schweinitz, „Krisenwirkungen“, der eine lebhafteste Debatte auslöste. Trotz des eingetretenen Lohnabbaus und verkürzter Arbeitszeit, der seit langer Zeit erhobenen Extrabeiträge, der erhöhten Mieten, Steuern und Sozialbeiträge wird in dem Artikel wiederum für einen höheren Verbandsbeitrag bzw. für eine Reduzierung der Unterstützungsfähigkeit Stimmung gemacht. Von einer Preisentkung ist aber bisher nichts zu merken. Nach einer lebhaften erregten Aussprache lehnte die Kollegenhaft mit Entschiedenheit jede Erhöhung der Beiträge oder eine Kürzung der Unterstützungsfähigkeit ab. Es wurde der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es durch Kürzung der Gehälter der Verbandsfunktionäre und durch sonstige Einschränkungen (auch des „Korr.“) möglich wäre, eine große Summe zu sparen und eine Erhöhung des Beitrages zu vermeiden. Eine Kürzung der Unterstützungsfähigkeit kann für die lange Jahre ihre Beiträge pünktlich entrichtenden Kollegen gar nicht in Frage kommen.

Zahl u. B. Der Bezirksvorstand hatte auf Sonntag, den 31. Mai, eine Konferenz der Funktionäre des Bezirks nach Wiberach einberufen, um zur Frage der Beitragserhöhung und des Unterstützungsabbaues Stellung zu nehmen. Kollege Reibel behandelte in großen Zügen das Arbeitslosienproblem und die geforderte Arbeitszeitverlängerung, um dann auf den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Beitrags- und Unterstützungsfrage, einzu-

gehen. Nach einem Hinweis auf den Artikel des Kollegen Schweinitz im „Korr.“ wurde das Rundschreiben des Verbandsvorstandes, das die Vorschläge zu den Beitrags- und Unterstützungsleistungen enthält, bekanntgegeben und eingehend erläutert. Wie sich die Notstandsunterstützung im Verhältnis zu den Extrabeiträgen in unserm Bezirk auswirkt, geht aus folgenden Ziffern hervor: Im ersten Quartal 1931 wurden an Extrabeiträgen 952,30 M. vereinnahmt, für Notstandsunterstützung 1127,50 M. ausgegeben, im Monat April wurden 254,10 M. vereinnahmt und 507,50 M. ausgegeben. Während also im ersten Quartal nur ein Zufluß von 175,30 M. zu den Extrabeiträgen notwendig war, um die Notstandsunterstützung auszahlen zu können, war allein im Monat April ein solcher von 313,40 M. erforderlich. Das vom Vorstehen vorgetragene Material und die Vorschläge des Verbandsvorstandes gaben Anlaß zu einer eingehenden Beratung darüber, ob der vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Weg gangbar sei. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, dem Verbandsvorstand folgenden Vorschlag zu machen: Die Unterstützungsfähigkeit sollen nach dem Vorschlag des Verbandsvorstandes gekürzt werden, jedoch soll die Notstandsunterstützung nicht gekürzt und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. Krisenunterstützungsempfänger sollen keine Notstandsunterstützung erhalten. Die durch diesen Abänderungsvorschlag notwendige Beitragserhöhung wird die Kollegenhaft trotz der jetzt schon großen Belastung im Interesse der Arbeitslosen noch tragen. Die Erhöhung darf jedoch 50 Pf. nicht übersteigen; eventuell wäre dann der Betrag der Notstandsunterstützung auf 8, 6 bzw. 4 M. zu kürzen. Die Konferenz glaubt jedoch, daß sich ihr Vorschlag mit einer Erhöhung von 50 Pf. ohne Kürzung der Notstandsunterstützung durchführen läßt. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß der invalide, kranke oder arbeitslose Kollege neben seiner Verbandsunterstützung immerhin noch Rente, Krankengeld oder Arbeitslosenunterstützung erhält, während der Ausgefueerte überhaupt ohne Mittel dafest. Man sollte diese Kollegen nicht ganz auf die Seite setzen, sondern ihnen durch Weiterzahlung der Notstandsunterstützung auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit die Verbindung mit der Organisation ermöglichen. Auf verschiedene Anfragen teilte der Vorliegende noch mit, daß unsere Verbandsangestellten schon seit langer Zeit neben dem Extrabeitrag einen außerordentlichen Beitrag zugunsten der Arbeitslosen entsprechend ihrem Gehalt abführen. Da dies alles aber die Not nicht in dem gewöhnlichen Maße lindern kann, wurde gefordert, daß der ADGB, mit aller Energie die Einführung der 40-Stunden-Woche durchsetzt. Gemüthsstimmung wurde auch, daß in den Quartalsabrechnungen des Verbandes in Zukunft die Summe der Extrabeiträge und der Notstandsunterstützung getrennt aufgeführt wird, damit ein Vergleich möglich ist. Nach Erledigung einiger bezirkslicher Angelegenheiten fand die Konferenz ihren Abschluß.

Landsberg a. b. W. Trotz der sommerlichen Zeit hatte unsere Versammlung am 6. Juni einen zufriedenstellenden Verlauf aufzuweisen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles machte Vorsitzender Nagelmann einige Mitteilungen zu dem am 28. Juni in Landsberg stattfindenden Bezirksstag des Bezirks Wendam. Besonders Interesse wurde dem Artikel des Kollegen Schweinitz in Nr. 42 des „Korr.“ über „Krisenwirkungen“ gewidmet. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß es oberstes Gebot sei, die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu stärken und zu erhalten. Die Frage Erhöhung der Beiträge oder Abbau der Leistungen könne nur dahin beantwortet werden, daß alle Kraft eingesetzt werden muß, um die arbeitslosen Kollegen vor weiterer Verelendung und vor Verzweiflung zu schützen. Darum käme ein Abbau der Leistungen nicht in Frage. Die Kollegen sind sich bewußt, daß jedes weitere Opfer eine schwere Belastung des einzelnen bedeutet, doch steht dies in keinem Verhältnis zu den Opfern, die die der Wirtschaftsfrage anheimgefallenen Kollegen schon monate- und oft jahrelang bringen. Bei der Erhöhung der Beiträge wurde deren weitere Staffelleistung befristet, wie sie in dem Artikel „Krisenwirkungen“ des Kollegen — in Nr. 45 des „Korr.“ dargelegt wird. Von der Abhaltung eines Johannistages wegen der damit verbundenen Unkosten Abstand genommen. Dafür kam ein Beschluß zustande, den erwerbslosen Kollegen aus Mitteln des Ortsvereins eine Sonderzahlung zu gewähren. Einige informativste Mitteilungen des Vorsitzenden bildeten den Schluß der Versammlung.

Neuruppin. Am 17. Mai fand unsere diesjährige, von 190 Kollegen besuchte Bezirksversammlung in Pritzwitz statt. Zu dieser war auch unser Gausvorsteher Reinte erschienen. Eingeleitet wurde die Versammlung durch einige Wieder des Gelangvereins „Gutenberg“ Neuruppin. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Sodann referierte Kollege Reinte über das Thema „Vor und nach dem Schiedspruch“. Er wies darauf hin, daß hauptsächlich die Regierung ein Interesse am Lohnabbau hatte. Ferner wurden die Schwierigkeiten erwähnt, auf die ein Kampf gegen einen verbindlichen Schiedspruch stößt. Persönliche Gründe der Fühler gegen einen Kampf schalten aus. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nur bei Lohnausgleich und Einstellungsstopp für uns tragbar. In einem weiteren Lohnabbau vorzubeugen, müssen alle Kollegen zusammenstehen. Lebhafte Beifall bezeugte, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war. Im Anschluß daran wurde die in Nr. 39 des „Korr.“ unter Stettin abgedruckte Resolution einstimmig angenommen. Die Situationsberichte aus den einzelnen Orten ergaben teils eine Verschlechterung, teils eine Besserung der Verhältnisse. Den Versammlungsbesuchern wurde das Mittagessen und die Fahrt aus der Kasse bewilligt. — Nach Schluß der Versammlung unternahm die Kollegen einen kleinen Ausflug nach dem Hainhof und blieben dort in frühlicher Stimmung bis zur Abfahrt der Züge. Es war eine Versammlung mit einem äußerst ruhigen Verlauf und einer Einmütigkeit der Kollegen, wie sie in der heutigen Zeit wohl selten vorkommt.

Offenbach a. M. Vor Eintritt in die Tagesordnung unserer Bezirksversammlung am 18. Mai erfolgte die Ergrüfung eines vor kurzem verstorbenen Kollegen, worauf die Einführung der aus der Lehrlingsabteilung übergetretenen und die Aufnahme eines älteren Kollegen vollzogen wurde. In eindringlichen Worten wurden diese ermahnt, aufrichtige Verbandsmitglieder zu werden und



höher als Sport und Spiel die Fortbildung im Beruf zu achten und zu pflegen, wozu reichlich Gelegenheit gegeben sei. Nach Entledigung des Geschäftlichen folgten einige Erläuterungen zu der gedruckt vorliegenden Abrechnung vom ersten Quartal, worauf die von den Redatoren beantragte Entlastung einstimmig erteilt wurde. In längerer Ausföhrung entledigte sich sodann der Redner des Gewerkschaftshauses seiner Aufgabe: „Bericht über den Stand des Gewerkschaftshauses“, der mit etwas gemäßigten Geföhlen aufgenommen wurde, aber den erhofften Entschluß zeitigte. Mit der Neureglung der Unterstützung für die durchreisenden Kollegen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Stuttgart.** In einer Vertrauensmännerversammlung am 29. Mai beröhrte Kollege Klein über „Bereinstellungen“. U. a. fanden Urtaub, Lehrlings- und Johannisfestfragen Erwähnung. Letzteres soll angesichts der allgemeinen Notlage ausfallen. Eine Einladung an alle stimmgebenden Kollegen zum Eintritt in den auf der Höhe stehenden Singchor bildete den Schluß der „Mitteilungen“. Die kurze Aussprache stärkte Mißverhältnisse in der Ferienfrage. Zum zweiten Punkt „Die wirtschaftliche Krise und die finanzielle Auswirkung auf die Organisation“ machte der Vorsitzende allgemeine Ausführungen zu den beabsichtigten Maßnahmen des Verbandsvorstandes. Eine reiche Aussprache in zukunftsweisendem Sinne setzte ein. Der Opferinn der Kollegen, selbst jener, die mit Kurzarbeit bedacht sind, wird auch aus der gegenwärtigen Notzeit den unsern Verband nützbaren Ausweg finden. Wenn ein Kollege sich bereit erklärte, neben den vorgeschlagenen Maßnahmen gerne noch jede Woche 2 M. Extrabeitrag zur Gründung eines Kampffonds zu leisten, können die notleidenden „Wirtschaftler“ sehen, wozu ihre unheilbringende Taktik führt. In den Kreisen der Arbeiter dringt die Ansicht, daß die derzeitige Weltwirtschaftskrise stark übertriebene Auswirkung bei der deutschen Wirtschaftsbearbeitung ausübt, immer mehr durch. Am auf den unausbleiblichen Endkampf, den die Unternehmer infolge der Wagh vom 14. September 1930, in größter Nähe gerückt sehen, gerüstet zu sein, schlug selbiger Kollege diesen Extrabeitrag vor. Eine Notzeit bei den Wirtschaftsungehören erkennt vieler nicht an. Wo Geld ins Ausland geschoben werde, wo Konzerne ihre Macht immer mehr ausdehnen, wo den arbeitenden Schichten Lasten um Lasten mit Hilfe der bürgerlichen Notverordnungen aufgebürdet werden, kann es in Wirtschaft keine Notzeit für die „Züher“ der deutschen Wirtschaft geben. Um die Einführung der 40-Stunden-Woche drückten sich diese Kreise. Kurzarbeit mit wirtlichlicher Dauer ohne Lohnausgleich und raffiniert angewendeten Antreibersystem erfüllen deren Zweck besser. Diese Vorgänge treiben nach Ansicht des Redners zum nichtsausbleibenden Endkampf, den er, je rascher je lieber, aufnehmen möchte. Die heutige Taktik des Unternehmertums, mehr und mehr Arbeiter zu entlassen, um später ausgehungerte willfährlige, für jeden Preis schaffende Arbeitswillige zur Hand zu haben, hält dieser Kollege für untragbar. Daher sein Vorschlag des 2-Mark-Extrabeitrages. Sämtliche Redner waren mit den Notmaßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden. So bebauerlich es sei, Invaliden, Arbeitslosen und Kranken die Unterstützung um einiges zu kürzen, bleibe kein anderer Ausweg, wenn wir für alle Fälle gerüstet sein und bleiben wollen. Einer wesentlichen Beitragserhöhung redete ein weiterer Kollege das Wort. Er sprach seine Meinung dahin aus, daß jene Kollegen, die noch voll arbeiten, die Pflicht hätten, noch größere Opfer zu bringen und sie würden dies gerne tun. Im Schlußwort kam Kollege Klein auf die verschobenen Aufgaben zu sprechen. Ein Beispiel für den Opferinn der Alten konnte er anführen. Einer untrer am 3. Mai gezeigten 50jährigen Verbandsjubilar brachte sein Jubiläumsgeld zurück. Man solle dieses Geld Armeren zuwenden. Auch der Vorsitzende hielt den Kampf für unausbleiblich. Nur den Zeitpunkt lasse er sich nicht aufweisen. Kluges Taktieren sei in jetziger Zeit besonders notwendig. Es kämen auch wieder andere Zeiten, wo wir Verlorenes zurückholen werden. Für ein Verbreehen an der gewerkschaftlichen Tätigkeit erklärte Redner die spaltende Tenbung der RGO. Erst diese mache es den Unternehmern leicht, Keil um Keil in die Gelamtarbeiterchaft zu treiben, sie zu trennen, um den eignen Weizen zum Reifen zu bringen. Wie schon oft forderte er zur Umkehr und zum Ablassen von diesem Treiben auf. Einig sind wir eine Macht, getrennt ein Nichts. Damit hatte die Vertrauensmännerversammlung ihr Ende erreicht.

**Zwickau.** In unserer Versammlung am 6. Juni nahm die hiesige Kollegenchaft nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden über „Die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse im Buchdrucker- und Schriftsetzergewerbe“ in eingehender Aussprache Stellung zu den angeklügten „Notverordnungen“ des Verbandsvorstandes zur Sanierung der Verbandstasse. Die Versammlung war sich mit einer einzigen Ausnahme darüber einig, daß das Verbandsvermögen zur Aufrechterhaltung des Unterstützungswezens nicht weiter in Anspruch genommen werden darf, denn in der Stärke der Verbandstasse liegt das Rückgrat unserer Organisation und das Schicksal der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegenchaft in der Zukunft. Beitragserhöhung und Unterstützungsabbau werden beide im Rahmen des Möglichen herangezogen werden, nicht eines von beiden. Die Beitragserhöhung soll vor allem die höher Entlohten treffen, die auf Grund des Tarifs 7 1/2 und 20 Proz. über das tarifliche Minimum beziehen, und die Minimumempfänger entsprechend schonen. Zu dem Abbau der Notstandsunterstützung sagte ein arbeitsloser Kollege nicht mit Unrecht, daß ein Abbau der Verbandsarbeitslosenunterstützung während der Zeit des Bezuges der Reichsarbeitslosenunterstützung besser und eher zu ertragen sei, als wenn den Kollegen beim Bezug der niedrigeren Krisenunterstützung auch noch die Notstandsunterstützung des Verbandes gestrichelt oder entzogen würde. Es könnte die reguläre Arbeitslosenunterstützung des Verbandes beim Bezug der Reichsarbeitslosenunterstützung zu einem Teil zugunsten der Aufrechterhaltung der Notstandsunterstützung eingepart werden. Sollte aber ein Abbau in allen Unterstützungsabteilungen nicht zu umgehen sein, auch bei stärkerer Heranziehung durch Sonderbeiträge der höher Entlohten, so dürfte das nur eine vorübergehende Maßnahme werden und es müßten vor allem Invaliden und Notstandsunterstützungsempfänger gesöhnt werden.

## Allgemeine Rundschau

**Mainzer Gutenbergfest 1931.** Zu Ehren ihres großen Sohnes veranstaltete die Stadt Mainz in Verbindung mit der Direktion des Gutenberg-Museums und der Gutenberg-Gesellschaft in diesem Jahre wieder eine Feier, die sich den Zeitverhältnissen entsprechend, in schlichtem Rahmen vollziehen soll. Am Sonnabend, dem 20. Juni, wird eine Sonderausstellung „Mainz in Druck und Bild“ veranstaltet werden. Es werden darin auch Druckerzeugnisse ausgestellt sein, die auf Gutenbergzeit zurückgehen. Giebigkeit wird die Gutenbergwerkstatt, die auf der „Bressa“ in Köln und auf der Ibero-amerikanischen Ausstellung in Sevilla in Betrieb vorgeführt wurde, auch im Gutenberg-Museum in Betrieb gestellt. Am Sonntag, dem 21. Juni, findet die Generalsammlung der Gutenberg-Gesellschaft im Kurfürstlichen Schloß statt mit der feierlichen Tagessordnung und einem öffentlichen Vortrag des Herrn Dr. Albert Kolb, Direktor der Universitätsbibliothek in Nancy, über „Die Ausbreitung der Druckkunst im 16. Jahrhundert“. Daran schließen sich eine Huldigung vor dem Gutenbergdenkmal mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters, ein Promenadenkonzert auf dem Gutenbergplatz und sonstige Veranstaltungen verschiedener Art. Am Montag, dem 22. Juni, ist eine akademische Gutenbergfeier mit Konzert des Bibliotheksdirektors Dr. A. Kuppel über „Gutenberg und sein Wert“. Ein Johannisabend im Stadtpark am 24. Juni, mit einem Gutenbergfestspiel, bildet den Abschluß der Festwoche.

**Tragfähler Unglücksfall.** Am 2. Juni ertrank im Großen Belt (dänisches Soheitsgewässer) ein junger Braunschweiger Kollege namens Helmut Krebs. Mit drei Wandergegnossen, unter ihnen noch ein Kollege, war er Mitte April von Braunschweig aus auf die Waise gegangen. Das Unglück geschah, als Krebs mit seinen drei Begleitern in zwei Falubooten von der dänischen Küste nach Schweden fahren wollte. Die Boote des Ertrunkenen konnte bisher noch nicht geborgen werden.

**Zur Arbeitsmarktlage.** Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht unmissig. Die Arbeitslosigkeit ist weiter, wenn auch in flacherem Bogen, zurückgegangen. Seit dem 15. Mai hat die Zahl der bei den Arbeitämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 144 000 abgenommen; am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtage — nach einem Rückgang um rund 134 000 — rund 1 570 000 Hauptunterstützungsempfänger gezöhlt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 920 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

**Protest der freien Gewerkschaften gegen die Notverordnung.** Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am 10. Juni in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes zu der Notverordnung vom 5. Juni eingehende Stellung. Über das Ergebnis der Beratung wurde der Presse folgendes mitgeteilt: Beide Bundesvorstände erkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volk Opfer zu zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot, wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeiterchaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Änderung der Notverordnung herbeizuföhren.

**Preisenscheiden des ADGB für die studierende deutsche Jugend.** Die Einsicht in die vielfachen inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen die deutsche studierende Jugend zu kämpfen hat, veranlaßte den ADGB, zu einem Preisenscheiden, das den jungen Studierenden ermöglichen soll, sich intensiv mit konkreten Fragen des modernen deutschen politischen Lebens zu beschäftigen. Es handelt sich um Fragen, deren Behandlung gleichwertig geeignet ist, die Beziehungen zwischen der akademischen Jugend und der Arbeiterchaft zu vertiefen und die jungen Studierenden anzuregen, an der Lösung von Problemen mitzuarbeiten, die das Leben selbst, der Kampf um ein neues deutsches Arbeits- und Wirtschaftsrecht, aufgeworfen hat. Es sind gegenwartsnahe, gerade für junge Menschen reizvolle Aufgaben, die die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften ausgewählt hat, in der Hoffnung, daß sich viele finden werden, ihre geistige Spannkraft an ihrer Lösung zu erproben. Das Preisenscheiden stellt folgende Aufgaben: 1. Der Meinungsstreit um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongreß. 2. Wirkungen des modernen Arbeitsrechts auf die Wirtschaft der Sozialverflechtung. Für die Lösung beider Aufgaben (zu denen zweideutliche Dispositionen im Preisenscheiden selbst gegeben werden) hat der ADGB, 4000 M. zur Verfügung gestellt, die sich auf drei Preisträger (je 1000, 600, 400 M.) verteilen würden. Den Preisträgern steht es frei, die Preise nach dem Wert der eingereichten Arbeiten anders zu bemessen. Preisrichter sind für die erste Aufgabe: Dr. B. Harms, Professor an der Universität Kiel; Dr. B. Kuste, Professor an der Universität Köln; Theodor Leipart, Vorhörer des ADGB. Für die zweite Aufgabe: Dr. S. Derich, Professor an der Universität Berlin; Dr. S. Grieser, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Theodor Leipart, Vorhörer des ADGB. Das Preisenscheiden ist an alle deutschen Universitäten, technischen Hochschulen (einschließlich Danzig) und Handelshochschulen überandt worden. Die Studierenden können sich daher über die Bedingungen der Arbeiten, die bis zum 1. Mai 1932 „Eingeföhrt“ an den ADGB zu senden sind, bei ihrer Hochschule informieren.

**Katalstrophaler Einkommensausfall.** In seiner Besprechung mit dem Berliner Vertreter der „Rönlischen Volkszeitung“, über die wir in Nr. 46 berichteten, schätzte Reichsarbeitsminister Steyerwald den Einkommensausfall infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 auf 7,5 Milliarden. Das Institut für Konjunkturforschung bestätigt in seinem Wochenbericht Nr. 10 die Richtigkeit dieser

Schätzung. Es wird dort zunächst festgestellt, daß sich der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens außerordentlich verschärft hat. „Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten, die Arbeitslosigkeit steigt — in ihrer Konjunkturdynamik — noch weiter an. Die Kurzarbeit ist neuerdings zwar wieder etwas eingeschränkt worden, sie ist trotzdem aber noch erheblich größer als im Vorjahr. Zu diesen Einschränkungen im Arbeitsvolumen kommt nun noch die Senkung der Lohn- und Gehaltsätze hinzu, die während der letzten Monate in fast allen Wirtschaftszweigen durchgeführt worden ist.“ Das Institut führt weiter an, daß die Gesamtzahl der Einkommensbezieher im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres um gut 1,8 Millionen geringer gewesen ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach sehr vorsichtiger Schätzung wird der Einkommensausfall der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das erste Vierteljahr dieses Jahres mit 1,5 Milliarden Mark oder 16 Proz. des Einkommens der gleichen Zeit wie im Vorjahr angenommen. Die Senkung der Tariflöhne hat in den wichtigsten Zweigen der Industrie 5 bis 7 Proz. betragen, in der neuesten Zeit seien weitere Lohnsenkungen durchgeführt. Der Abbau der iberatistischen Verdienste kommt noch hinzu. Eine weitere Einkommensverminderung liegt das Konjunkturrückgang in der Erhöhung der Beitragsleistungen zur Arbeitslosenversicherung. Die inzwischen vorgenommenen Steuererhöhungen wirken in der gleichen Richtung. Dadurch tritt eine einschneidende Einkommensverflechtung ein. Der Umfang ist nicht gering, wenn man bedenkt, daß für die Unterföhung der Erwerbslosen allein im ersten Vierteljahr 1931 rund 800 Millionen aufgewandt wurden. Die Übertragung von Kaufkraft auf die Unterföhungsempfänger hat eine Verlagerung des Verbrauchs zur Folge. Die Beträge, die auf der einen Seite ausgetrahrt werden, werden auf der andern Seite dazu verwendet, wenigstens die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Die Verminderung der Einkommen hat eine Einschränkung in der Nachfrage nach Gütern des elastischen Bedarfs zur Folge. Man kann also getrost damit rechnen, daß im ersten Halbjahr 1931 ein Einkommensausfall von 3 bis 4 Milliarden Mark zu verzeichnen sein wird. Diese riesige Summe fehlt auf dem Warenmarkt und muß naturgemäß eine Störung von Industrie und Handel im Gefolge haben.

**Schwerindustrielle Wirtschaftstheorien.** Der Jahresbericht der Nordwestgruppe des Vereines Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist infolgedessen eine lehrreiche Lektüre, als man daraus den echten Schafsnachertyp des Unternehmertums in Reinkultur kennenlernen kann. Ohne jede Gewissenszuegel werden dort die Forderungen aufgestellt, die die Schwerindustriellen im Interesse einer schrankenlosen Ausbeutung für notwendig halten. Vernehmen wir einmal, wie sich der Unternehmerverband Arbeiternotwendig die Lösung des Problems Kapitalbildung und Kaufkraft vorstellt: „Die kräftige Kapitalbildung der Unternehmungen allein ist die rechte Kaufkraftbildung und erst dann, wenn diese Kapitalbildung überföhig sein sollte, wenn sie nicht mehr der vermehrten unternehmerischen Tätigkeit, sondern der toten Teufurierung zuzuföhren sollte, erst dann mag man sich über das rechte Verhältnis von Konsum und Kapitalbildung Kopfzerbrechen machen, erst dann sind Zweifel berechtigt, ob die Kaufkraft der breiten Masse, gegenüber der Sparfähigkeit und Rücklagenbildung nicht zu kurz kommt. Obwohl auch dann noch zu beachten bleibt, daß solche Rücklagen, die einstweilen vielleicht nicht produktiv verwendet werden, die Kaufkraft der Zukunft sind, nämlich die zuzuföhrende Kaufkraft von Krisenzeiten, in denen es gilt, mit Preisnachlässen eine Krise aufzulösen und dennoch die Arbeiter weiter zu beschäftigen, Löhne und Gehälter weiter zu zahlen. Heute aber kann weder von ausreichender Kapitalbildung zwecks produktiver Betätigung, geschwehe denn von Rücklagenbildung für Krisenzeiten die Rede sein.“ Die für das Wirtschaftsleben so dringende notwendige Kaufkraft der breiten Masse wird von den Schwerindustriellen nicht etwa an die Spitze aller Wirtschaftserfolge gestellt, sondern sie kommt für die Schloßbarone erst an letzter Stelle in Betracht.

**Schiedspruch für die sächsische Metallindustrie.** Wie senerzeit berichtet, haben die sächsischen Metallindustriellen, obwohl erst am 2. Januar d. J. eine Herabsetzung der Löhne in der sächsischen Metallindustrie um 4 Proz. für Lohnarbeiter und um 6 Proz. für Akkordarbeiter erfolgt ist, einen neuen Angriff auf die Löhne unternommen durch die Rückbildung des geltenden Lohnabkommens. Am 7. Juni nahmen nun die Mitglieder der großen Tarifkommission für das Tarifgebiet der sächsischen Metallindustrie den Beschluß über die Lohnverhandlung vor dem vom Reichsarbeitsamt eingeleiteten Sonderföhlicher Dr. Heuer (Berlin) entgegen. In der Aussprache wurde der Schiedspruch, der eine weitere Senkung der Grundlöhne für Lohn- und Akkordarbeiter um 2 Pf. pro Stunde und damit auch eine entsprechende Kürzung der Akkorde bringt, unter Hinweis auf die im Arbeiterhaushalt seit langem wachsende bittere Not allgemein für unannehmbar erklärt. Wichtig wurde hervorgehoben, daß der niedrige Lebensstandard der Arbeiterchaft nicht noch mehr gebürd werden dürfe und beschloßen, die endgültige Entscheidung über den Schiedspruch den Mitgliederversammlungen zu überlassen.

**Protest der Kriegsooper.** Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsooper bildete hat in seiner Sitzung vom 9. Juni zu den Bestimmungen der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 Stellung genommen. Er stellte mit größtem Befremden fest, daß trotz aller Proteste Hunderttausender von Kriegsoopern und trotz nachdrücklicher Warnungen der Organisationen der Städte und Gemeinden sowie der Tagespresse die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegsooper in einer untragbaren Weise angegriffen worden sind. Die Notverordnung überföhrt alle Beziehungen. Insbesondere trifft sie die Zulagenempfänger, die „Reichsooperbedienten“, die Arbeitslosen, die Bewohner ländlicher Gegenden und die in öffentlichen Diensten stehenden Versorgungsberechtigten in einem nicht zu verachtenden Ausmaß. Der Bundesvorstand protestiert auf das nachdrücklichste gegen die neuen Abnahmemaßnahmen. Er erludt den Reichstag, alsbald in eine Nachprüfung der Notverordnung einzutreten und die untragbaren Bestimmungen zu beseitigen. Dabei sind die im Reichsbund vereinigten Kriegsooper der Auffassung, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch Möglichkeiten ge-

nügend gibt, den Hausfuß des Reichs, der Länder und Gemeinden zu sichern, ohne in die von der Reichsregierung und vom Reichstag selbst wiederholt als unzulänglich anerkannte Versorgung und Fürsorge einzugreifen.

Anrechnung der Kriegsteilnehmer auf die Arbeitslosenunterstützung. Nach § 112a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde auf Grund einer vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten feinerseit durchgesetzten Bestimmung die auf einer Kriegsbeschädigtenabteilung beruhende Rente nicht auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Durch die neue Novellierung ist diese Bestimmung beseitigt worden. Lediglich 15 W. von der monatlichen Rente, sowie die Pflegezulage, die Führerhundzulage und die Zufahrtene werden künftig nicht angerechnet. Im übrigen wird aber die Arbeitslosenunterstützung bei dem arbeitslosen Kriegsbeschädigten und der erwerbslosen Kriegserwitte um den Rentenbetrag, soweit er 15 M. monatlich übersteigt, gekürzt. Wird z. B. ein verheirateter 50 Proz. erwerbsbeschränkter Kriegsbeschädigter, der für zwei Kinder zu sorgen hat, arbeitslos, so werden ihm von der ab 1. Juli in der Ortsklasse B zustehenden Rente von 57,50 M. 42,50 M. auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet, so daß er bei einem Unterstühtungsbeitrag von z. B. 60 M. monatlich tatsächlich nur 17,20 M. Arbeitslosenunterstützung im Monat künftig erhalten wird. Gegen derartige Kürzungsbestimmungen erhebt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten scharfen Protest. Er ist bereits an die Fraktionen des Reichstages mit dem Ersuchen um baldigste Änderung der unhaltbaren rigorosen Bestimmungen der Novellierung herangetreten.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Holtenauer 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutzrechten bereitwillig erteilt.

- Einwurfsfristablauf für die Patentanmeldungen 21. Juni 1931
Patentanmeldungen (verdrängt in „Patentblatt“ vom 21. Mai 1931):
Nr. 15a M. 112029 Werkzeugfabrik Vinotone Compagny, Brooklin, N. Y. ...
Nr. 15b M. 12000 Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg AG, ...
Nr. 15c M. 12001 ...
Nr. 15d M. 12002 ...
Nr. 15e M. 12003 ...
Nr. 15f M. 12004 ...
Nr. 15g M. 12005 ...
Nr. 15h M. 12006 ...
Nr. 15i M. 12007 ...
Nr. 15j M. 12008 ...
Nr. 15k M. 12009 ...
Nr. 15l M. 12010 ...
Nr. 15m M. 12011 ...
Nr. 15n M. 12012 ...
Nr. 15o M. 12013 ...
Nr. 15p M. 12014 ...
Nr. 15q M. 12015 ...
Nr. 15r M. 12016 ...
Nr. 15s M. 12017 ...
Nr. 15t M. 12018 ...
Nr. 15u M. 12019 ...
Nr. 15v M. 12020 ...
Nr. 15w M. 12021 ...
Nr. 15x M. 12022 ...
Nr. 15y M. 12023 ...
Nr. 15z M. 12024 ...
Nr. 16a M. 12025 ...
Nr. 16b M. 12026 ...
Nr. 16c M. 12027 ...
Nr. 16d M. 12028 ...
Nr. 16e M. 12029 ...
Nr. 16f M. 12030 ...
Nr. 16g M. 12031 ...
Nr. 16h M. 12032 ...
Nr. 16i M. 12033 ...
Nr. 16j M. 12034 ...
Nr. 16k M. 12035 ...
Nr. 16l M. 12036 ...
Nr. 16m M. 12037 ...
Nr. 16n M. 12038 ...
Nr. 16o M. 12039 ...
Nr. 16p M. 12040 ...
Nr. 16q M. 12041 ...
Nr. 16r M. 12042 ...
Nr. 16s M. 12043 ...
Nr. 16t M. 12044 ...
Nr. 16u M. 12045 ...
Nr. 16v M. 12046 ...
Nr. 16w M. 12047 ...
Nr. 16x M. 12048 ...
Nr. 16y M. 12049 ...
Nr. 16z M. 12050 ...
Nr. 17a M. 12051 ...
Nr. 17b M. 12052 ...
Nr. 17c M. 12053 ...
Nr. 17d M. 12054 ...
Nr. 17e M. 12055 ...
Nr. 17f M. 12056 ...
Nr. 17g M. 12057 ...
Nr. 17h M. 12058 ...
Nr. 17i M. 12059 ...
Nr. 17j M. 12060 ...
Nr. 17k M. 12061 ...
Nr. 17l M. 12062 ...
Nr. 17m M. 12063 ...
Nr. 17n M. 12064 ...
Nr. 17o M. 12065 ...
Nr. 17p M. 12066 ...
Nr. 17q M. 12067 ...
Nr. 17r M. 12068 ...
Nr. 17s M. 12069 ...
Nr. 17t M. 12070 ...
Nr. 17u M. 12071 ...
Nr. 17v M. 12072 ...
Nr. 17w M. 12073 ...
Nr. 17x M. 12074 ...
Nr. 17y M. 12075 ...
Nr. 17z M. 12076 ...
Nr. 18a M. 12077 ...
Nr. 18b M. 12078 ...
Nr. 18c M. 12079 ...
Nr. 18d M. 12080 ...
Nr. 18e M. 12081 ...
Nr. 18f M. 12082 ...
Nr. 18g M. 12083 ...
Nr. 18h M. 12084 ...
Nr. 18i M. 12085 ...
Nr. 18j M. 12086 ...
Nr. 18k M. 12087 ...
Nr. 18l M. 12088 ...
Nr. 18m M. 12089 ...
Nr. 18n M. 12090 ...
Nr. 18o M. 12091 ...
Nr. 18p M. 12092 ...
Nr. 18q M. 12093 ...
Nr. 18r M. 12094 ...
Nr. 18s M. 12095 ...
Nr. 18t M. 12096 ...
Nr. 18u M. 12097 ...
Nr. 18v M. 12098 ...
Nr. 18w M. 12099 ...
Nr. 18x M. 12100 ...
Nr. 18y M. 12101 ...
Nr. 18z M. 12102 ...
Nr. 19a M. 12103 ...
Nr. 19b M. 12104 ...
Nr. 19c M. 12105 ...
Nr. 19d M. 12106 ...
Nr. 19e M. 12107 ...
Nr. 19f M. 12108 ...
Nr. 19g M. 12109 ...
Nr. 19h M. 12110 ...
Nr. 19i M. 12111 ...
Nr. 19j M. 12112 ...
Nr. 19k M. 12113 ...
Nr. 19l M. 12114 ...
Nr. 19m M. 12115 ...
Nr. 19n M. 12116 ...
Nr. 19o M. 12117 ...
Nr. 19p M. 12118 ...
Nr. 19q M. 12119 ...
Nr. 19r M. 12120 ...
Nr. 19s M. 12121 ...
Nr. 19t M. 12122 ...
Nr. 19u M. 12123 ...
Nr. 19v M. 12124 ...
Nr. 19w M. 12125 ...
Nr. 19x M. 12126 ...
Nr. 19y M. 12127 ...
Nr. 19z M. 12128 ...
Nr. 20a M. 12129 ...
Nr. 20b M. 12130 ...
Nr. 20c M. 12131 ...
Nr. 20d M. 12132 ...
Nr. 20e M. 12133 ...
Nr. 20f M. 12134 ...
Nr. 20g M. 12135 ...
Nr. 20h M. 12136 ...
Nr. 20i M. 12137 ...
Nr. 20j M. 12138 ...
Nr. 20k M. 12139 ...
Nr. 20l M. 12140 ...
Nr. 20m M. 12141 ...
Nr. 20n M. 12142 ...
Nr. 20o M. 12143 ...
Nr. 20p M. 12144 ...
Nr. 20q M. 12145 ...
Nr. 20r M. 12146 ...
Nr. 20s M. 12147 ...
Nr. 20t M. 12148 ...
Nr. 20u M. 12149 ...
Nr. 20v M. 12150 ...
Nr. 20w M. 12151 ...
Nr. 20x M. 12152 ...
Nr. 20y M. 12153 ...
Nr. 20z M. 12154 ...
Nr. 21a M. 12155 ...
Nr. 21b M. 12156 ...
Nr. 21c M. 12157 ...
Nr. 21d M. 12158 ...
Nr. 21e M. 12159 ...
Nr. 21f M. 12160 ...
Nr. 21g M. 12161 ...
Nr. 21h M. 12162 ...
Nr. 21i M. 12163 ...
Nr. 21j M. 12164 ...
Nr. 21k M. 12165 ...
Nr. 21l M. 12166 ...
Nr. 21m M. 12167 ...
Nr. 21n M. 12168 ...
Nr. 21o M. 12169 ...
Nr. 21p M. 12170 ...
Nr. 21q M. 12171 ...
Nr. 21r M. 12172 ...
Nr. 21s M. 12173 ...
Nr. 21t M. 12174 ...
Nr. 21u M. 12175 ...
Nr. 21v M. 12176 ...
Nr. 21w M. 12177 ...
Nr. 21x M. 12178 ...
Nr. 21y M. 12179 ...
Nr. 21z M. 12180 ...
Nr. 22a M. 12181 ...
Nr. 22b M. 12182 ...
Nr. 22c M. 12183 ...
Nr. 22d M. 12184 ...
Nr. 22e M. 12185 ...
Nr. 22f M. 12186 ...
Nr. 22g M. 12187 ...
Nr. 22h M. 12188 ...
Nr. 22i M. 12189 ...
Nr. 22j M. 12190 ...
Nr. 22k M. 12191 ...
Nr. 22l M. 12192 ...
Nr. 22m M. 12193 ...
Nr. 22n M. 12194 ...
Nr. 22o M. 12195 ...
Nr. 22p M. 12196 ...
Nr. 22q M. 12197 ...
Nr. 22r M. 12198 ...
Nr. 22s M. 12199 ...
Nr. 22t M. 12200 ...
Nr. 22u M. 12201 ...
Nr. 22v M. 12202 ...
Nr. 22w M. 12203 ...
Nr. 22x M. 12204 ...
Nr. 22y M. 12205 ...
Nr. 22z M. 12206 ...
Nr. 23a M. 12207 ...
Nr. 23b M. 12208 ...
Nr. 23c M. 12209 ...
Nr. 23d M. 12210 ...
Nr. 23e M. 12211 ...
Nr. 23f M. 12212 ...
Nr. 23g M. 12213 ...
Nr. 23h M. 12214 ...
Nr. 23i M. 12215 ...
Nr. 23j M. 12216 ...
Nr. 23k M. 12217 ...
Nr. 23l M. 12218 ...
Nr. 23m M. 12219 ...
Nr. 23n M. 12220 ...
Nr. 23o M. 12221 ...
Nr. 23p M. 12222 ...
Nr. 23q M. 12223 ...
Nr. 23r M. 12224 ...
Nr. 23s M. 12225 ...
Nr. 23t M. 12226 ...
Nr. 23u M. 12227 ...
Nr. 23v M. 12228 ...
Nr. 23w M. 12229 ...
Nr. 23x M. 12230 ...
Nr. 23y M. 12231 ...
Nr. 23z M. 12232 ...
Nr. 24a M. 12233 ...
Nr. 24b M. 12234 ...
Nr. 24c M. 12235 ...
Nr. 24d M. 12236 ...
Nr. 24e M. 12237 ...
Nr. 24f M. 12238 ...
Nr. 24g M. 12239 ...
Nr. 24h M. 12240 ...
Nr. 24i M. 12241 ...
Nr. 24j M. 12242 ...
Nr. 24k M. 12243 ...
Nr. 24l M. 12244 ...
Nr. 24m M. 12245 ...
Nr. 24n M. 12246 ...
Nr. 24o M. 12247 ...
Nr. 24p M. 12248 ...
Nr. 24q M. 12249 ...
Nr. 24r M. 12250 ...
Nr. 24s M. 12251 ...
Nr. 24t M. 12252 ...
Nr. 24u M. 12253 ...
Nr. 24v M. 12254 ...
Nr. 24w M. 12255 ...
Nr. 24x M. 12256 ...
Nr. 24y M. 12257 ...
Nr. 24z M. 12258 ...
Nr. 25a M. 12259 ...
Nr. 25b M. 12260 ...
Nr. 25c M. 12261 ...
Nr. 25d M. 12262 ...
Nr. 25e M. 12263 ...
Nr. 25f M. 12264 ...
Nr. 25g M. 12265 ...
Nr. 25h M. 12266 ...
Nr. 25i M. 12267 ...
Nr. 25j M. 12268 ...
Nr. 25k M. 12269 ...
Nr. 25l M. 12270 ...
Nr. 25m M. 12271 ...
Nr. 25n M. 12272 ...
Nr. 25o M. 12273 ...
Nr. 25p M. 12274 ...
Nr. 25q M. 12275 ...
Nr. 25r M. 12276 ...
Nr. 25s M. 12277 ...
Nr. 25t M. 12278 ...
Nr. 25u M. 12279 ...
Nr. 25v M. 12280 ...
Nr. 25w M. 12281 ...
Nr. 25x M. 12282 ...
Nr. 25y M. 12283 ...
Nr. 25z M. 12284 ...
Nr. 26a M. 12285 ...
Nr. 26b M. 12286 ...
Nr. 26c M. 12287 ...
Nr. 26d M. 12288 ...
Nr. 26e M. 12289 ...
Nr. 26f M. 12290 ...
Nr. 26g M. 12291 ...
Nr. 26h M. 12292 ...
Nr. 26i M. 12293 ...
Nr. 26j M. 12294 ...
Nr. 26k M. 12295 ...
Nr. 26l M. 12296 ...
Nr. 26m M. 12297 ...
Nr. 26n M. 12298 ...
Nr. 26o M. 12299 ...
Nr. 26p M. 12300 ...
Nr. 26q M. 12301 ...
Nr. 26r M. 12302 ...
Nr. 26s M. 12303 ...
Nr. 26t M. 12304 ...
Nr. 26u M. 12305 ...
Nr. 26v M. 12306 ...
Nr. 26w M. 12307 ...
Nr. 26x M. 12308 ...
Nr. 26y M. 12309 ...
Nr. 26z M. 12310 ...
Nr. 27a M. 12311 ...
Nr. 27b M. 12312 ...
Nr. 27c M. 12313 ...
Nr. 27d M. 12314 ...
Nr. 27e M. 12315 ...
Nr. 27f M. 12316 ...
Nr. 27g M. 12317 ...
Nr. 27h M. 12318 ...
Nr. 27i M. 12319 ...
Nr. 27j M. 12320 ...
Nr. 27k M. 12321 ...
Nr. 27l M. 12322 ...
Nr. 27m M. 12323 ...
Nr. 27n M. 12324 ...
Nr. 27o M. 12325 ...
Nr. 27p M. 12326 ...
Nr. 27q M. 12327 ...
Nr. 27r M. 12328 ...
Nr. 27s M. 12329 ...
Nr. 27t M. 12330 ...
Nr. 27u M. 12331 ...
Nr. 27v M. 12332 ...
Nr. 27w M. 12333 ...
Nr. 27x M. 12334 ...
Nr. 27y M. 12335 ...
Nr. 27z M. 12336 ...
Nr. 28a M. 12337 ...
Nr. 28b M. 12338 ...
Nr. 28c M. 12339 ...
Nr. 28d M. 12340 ...
Nr. 28e M. 12341 ...
Nr. 28f M. 12342 ...
Nr. 28g M. 12343 ...
Nr. 28h M. 12344 ...
Nr. 28i M. 12345 ...
Nr. 28j M. 12346 ...
Nr. 28k M. 12347 ...
Nr. 28l M. 12348 ...
Nr. 28m M. 12349 ...
Nr. 28n M. 12350 ...
Nr. 28o M. 12351 ...
Nr. 28p M. 12352 ...
Nr. 28q M. 12353 ...
Nr. 28r M. 12354 ...
Nr. 28s M. 12355 ...
Nr. 28t M. 12356 ...
Nr. 28u M. 12357 ...
Nr. 28v M. 12358 ...
Nr. 28w M. 12359 ...
Nr. 28x M. 12360 ...
Nr. 28y M. 12361 ...
Nr. 28z M. 12362 ...
Nr. 29a M. 12363 ...
Nr. 29b M. 12364 ...
Nr. 29c M. 12365 ...
Nr. 29d M. 12366 ...
Nr. 29e M. 12367 ...
Nr. 29f M. 12368 ...
Nr. 29g M. 12369 ...
Nr. 29h M. 12370 ...
Nr. 29i M. 12371 ...
Nr. 29j M. 12372 ...
Nr. 29k M. 12373 ...
Nr. 29l M. 12374 ...
Nr. 29m M. 12375 ...
Nr. 29n M. 12376 ...
Nr. 29o M. 12377 ...
Nr. 29p M. 12378 ...
Nr. 29q M. 12379 ...
Nr. 29r M. 12380 ...
Nr. 29s M. 12381 ...
Nr. 29t M. 12382 ...
Nr. 29u M. 12383 ...
Nr. 29v M. 12384 ...
Nr. 29w M. 12385 ...
Nr. 29x M. 12386 ...
Nr. 29y M. 12387 ...
Nr. 29z M. 12388 ...
Nr. 30a M. 12389 ...
Nr. 30b M. 12390 ...
Nr. 30c M. 12391 ...
Nr. 30d M. 12392 ...
Nr. 30e M. 12393 ...
Nr. 30f M. 12394 ...
Nr. 30g M. 12395 ...
Nr. 30h M. 12396 ...
Nr. 30i M. 12397 ...
Nr. 30j M. 12398 ...
Nr. 30k M. 12399 ...
Nr. 30l M. 12400 ...
Nr. 30m M. 12401 ...
Nr. 30n M. 12402 ...
Nr. 30o M. 12403 ...
Nr. 30p M. 12404 ...
Nr. 30q M. 12405 ...
Nr. 30r M. 12406 ...
Nr. 30s M. 12407 ...
Nr. 30t M. 12408 ...
Nr. 30u M. 12409 ...
Nr. 30v M. 12410 ...
Nr. 30w M. 12411 ...
Nr. 30x M. 12412 ...
Nr. 30y M. 12413 ...
Nr. 30z M. 12414 ...
Nr. 31a M. 12415 ...
Nr. 31b M. 12416 ...
Nr. 31c M. 12417 ...
Nr. 31d M. 12418 ...
Nr. 31e M. 12419 ...
Nr. 31f M. 12420 ...
Nr. 31g M. 12421 ...
Nr. 31h M. 12422 ...
Nr. 31i M. 12423 ...
Nr. 31j M. 12424 ...
Nr. 31k M. 12425 ...
Nr. 31l M. 12426 ...
Nr. 31m M. 12427 ...
Nr. 31n M. 12428 ...
Nr. 31o M. 12429 ...
Nr. 31p M. 12430 ...
Nr. 31q M. 12431 ...
Nr. 31r M. 12432 ...
Nr. 31s M. 12433 ...
Nr. 31t M. 12434 ...
Nr. 31u M. 12435 ...
Nr. 31v M. 12436 ...
Nr. 31w M. 12437 ...
Nr. 31x M. 12438 ...
Nr. 31y M. 12439 ...
Nr. 31z M. 12440 ...
Nr. 32a M. 12441 ...
Nr. 32b M. 12442 ...
Nr. 32c M. 12443 ...
Nr. 32d M. 12444 ...
Nr. 32e M. 12445 ...
Nr. 32f M. 12446 ...
Nr. 32g M. 12447 ...
Nr. 32h M. 12448 ...
Nr. 32i M. 12449 ...
Nr. 32j M. 12450 ...
Nr. 32k M. 12451 ...
Nr. 32l M. 12452 ...
Nr. 32m M. 12453 ...
Nr. 32n M. 12454 ...
Nr. 32o M. 12455 ...
Nr. 32p M. 12456 ...
Nr. 32q M. 12457 ...
Nr. 32r M. 12458 ...
Nr. 32s M. 12459 ...
Nr. 32t M. 12460 ...
Nr. 32u M. 12461 ...
Nr. 32v M. 12462 ...
Nr. 32w M. 12463 ...
Nr. 32x M. 12464 ...
Nr. 32y M. 12465 ...
Nr. 32z M. 12466 ...
Nr. 33a M. 12467 ...
Nr. 33b M. 12468 ...
Nr. 33c M. 12469 ...
Nr. 33d M. 12470 ...
Nr. 33e M. 12471 ...
Nr. 33f M. 12472 ...
Nr. 33g M. 12473 ...
Nr. 33h M. 12474 ...
Nr. 33i M. 12475 ...
Nr. 33j M. 12476 ...
Nr. 33k M. 12477 ...
Nr. 33l M. 12478 ...
Nr. 33m M. 12479 ...
Nr. 33n M. 12480 ...
Nr. 33o M. 12481 ...
Nr. 33p M. 12482 ...
Nr. 33q M. 12483 ...
Nr. 33r M. 12484 ...
Nr. 33s M. 12485 ...
Nr. 33t M. 12486 ...
Nr. 33u M. 12487 ...
Nr. 33v M. 12488 ...
Nr. 33w M. 12489 ...
Nr. 33x M. 12490 ...
Nr. 33y M. 12491 ...
Nr. 33z M. 12492 ...
Nr. 34a M. 12493 ...
Nr. 34b M. 12494 ...
Nr. 34c M. 12495 ...
Nr. 34d M. 12496 ...
Nr. 34e M. 12497 ...
Nr. 34f M. 12498 ...
Nr. 34g M. 12499 ...
Nr. 34h M. 12500 ...
Nr. 34i M. 12501 ...
Nr. 34j M. 12502 ...
Nr. 34k M. 12503 ...
Nr. 34l M. 12504 ...
Nr. 34m M. 12505 ...
Nr. 34n M. 12506 ...
Nr. 34o M. 12507 ...
Nr. 34p M. 12508 ...
Nr. 34q M. 12509 ...
Nr. 34r M. 12510 ...
Nr. 34s M. 12511 ...
Nr. 34t M. 12512 ...
Nr. 34u M. 12513 ...
Nr. 34v M. 12514 ...
Nr. 34w M. 12515 ...
Nr. 34x M. 12516 ...
Nr. 34y M. 12517 ...
Nr. 34z M. 12518 ...
Nr. 35a M. 12519 ...
Nr. 35b M. 12520 ...
Nr. 35c M. 12521 ...
Nr. 35d M. 12522 ...
Nr. 35e M. 12523 ...
Nr. 35f M. 12524 ...
Nr. 35g M. 12525 ...
Nr. 35h M. 12526 ...
Nr. 35i M. 12527 ...
Nr. 35j M. 12528 ...
Nr. 35k M. 12529 ...
Nr. 35l M. 12530 ...
Nr. 35m M. 12531 ...
Nr. 35n M. 12532 ...
Nr. 35o M. 12533 ...
Nr. 35p M. 12534 ...
Nr. 35q M. 12535 ...
Nr. 35r M. 12536 ...
Nr. 35s M. 12537 ...
Nr. 35t M. 12538 ...
Nr. 35u M. 12539 ...
Nr. 35v M. 12540 ...
Nr. 35w M. 12541 ...
Nr. 35x M. 12542 ...
Nr. 35y M. 12543 ...
Nr. 35z M. 12544 ...
Nr. 36a M. 12545 ...
Nr. 36b M. 12546 ...
Nr. 36c M. 12547 ...
Nr. 36d M. 12548 ...
Nr. 36e M. 12549 ...
Nr. 36f M. 12550 ...
Nr. 36g M. 12551 ...
Nr. 36h M. 12552 ...
Nr. 36i M. 12553 ...
Nr. 36j M. 12554 ...
Nr. 36k M. 12555 ...
Nr. 36l M. 12556 ...
Nr. 36m M. 12557 ...
Nr. 36n M. 12558 ...
Nr. 36o M. 12559 ...
Nr. 36p M. 12560 ...
Nr. 36q M. 12561 ...
Nr. 36r M. 12562 ...
Nr. 36s M. 12563 ...
Nr. 36t M. 12564 ...
Nr. 36u M. 12565 ...
Nr. 36v M. 12566 ...
Nr. 36w M. 12567 ...
Nr. 36x M. 12568 ...
Nr. 36y M. 12569 ...
Nr. 36z M. 12570 ...
Nr. 37a M. 12571 ...
Nr. 37b M. 12572 ...
Nr. 37c M. 12573 ...
Nr. 37d M. 12574 ...
Nr. 37e M. 12575 ...
Nr. 37f M. 12576 ...
Nr. 37g M. 12577 ...
Nr. 37h M. 12578 ...
Nr. 37i M. 12579 ...
Nr. 37j M. 12580 ...
Nr. 37k M. 12581 ...
Nr. 37l M. 12582 ...
Nr. 37m M. 12583 ...
Nr. 37n M. 12584 ...
Nr. 37o M. 12585 ...
Nr. 37p M. 12586 ...
Nr. 37q M. 12587 ...
Nr. 37r M. 12588 ...
Nr. 37s M. 12589 ...
Nr. 37t M. 12590 ...
Nr. 37u M. 12591 ...
Nr. 37v M. 12592 ...
Nr. 37w M. 12593 ...
Nr. 37x M. 12594 ...
Nr. 37y M. 12595 ...
Nr. 37z M. 12596 ...
Nr. 38a M. 12597 ...
Nr. 38b M. 12598 ...
Nr. 38c M. 12599 ...
Nr. 38d M. 12600 ...
Nr. 38e M. 12601 ...
Nr. 38f M. 12602 ...
Nr. 38g M. 12603 ...
Nr. 38h M. 12604 ...
Nr. 38i M. 12605 ...
Nr. 38j M. 12606 ...
Nr. 38k M. 12607 ...
Nr. 38l M. 12608 ...
Nr. 38m M. 12609 ...
Nr. 38n M. 12610 ...
Nr. 38o M. 12611 ...
Nr. 38p M. 12612 ...
Nr. 38q M. 12613 ...
Nr. 38r M. 12614 ...
Nr. 38s M. 12615 ...
Nr. 38t M. 12616 ...
Nr. 38u M. 12617 ...
Nr. 38v M. 12618 ...
Nr. 38w M. 12619 ...
Nr. 38x M. 12620 ...
Nr. 38y M. 12621 ...
Nr. 38z M. 12622 ...
Nr. 39a M. 12623 ...
Nr. 39b M. 12624 ...
Nr. 39c M. 12625 ...
Nr. 39d M. 12626 ...
Nr. 39e M. 12627 ...
Nr. 39f M. 12628 ...
Nr. 39g M. 12629 ...
Nr. 39h M. 12630 ...
Nr. 39i M. 12631 ...
Nr. 39j M. 12632 ...
Nr. 39k M. 12633 ...
Nr. 39l M. 12634 ...
Nr. 39m M. 12635 ...
Nr. 39n M. 12636 ...
Nr. 39o M. 12637 ...
Nr. 39p M. 12638 ...
Nr. 39q M. 12639 ...
Nr. 39r M. 12640 ...
Nr. 39s M. 12641 ...
Nr. 39t M. 12642 ...
Nr. 39u M. 12643 ...
Nr. 39v M. 12644 ...
Nr. 39w M. 12645 ...
Nr. 39x M. 12646 ...
Nr. 39y M. 12647 ...
Nr. 39z M. 12648 ...
Nr. 40a M. 12649 ...
Nr. 40b M. 12650 ...
Nr. 40c M. 12651 ...
Nr. 40d M. 12652 ...
Nr. 40e M. 12653 ...
Nr. 40f M. 12654 ...
Nr. 40g M. 12655 ...
Nr. 40h M. 12656 ...
Nr. 40i M. 12657 ...
Nr. 40j M. 12658 ...
Nr. 40k M. 12659 ...
Nr. 40l M. 12660 ...
Nr. 40m M. 12661 ...
Nr. 40n M. 12662 ...
Nr. 40o M. 12663 ...
Nr. 40p M. 12664 ...
Nr. 40q M. 12665 ...
Nr. 40r M. 12666 ...
Nr. 40s M. 12667 ...
Nr. 40t M. 12668 ...
Nr. 40u M. 12669 ...
Nr. 40v M. 12670 ...
Nr. 40w M. 12671 ...
Nr. 40x M. 12672 ...
Nr. 40y M. 12673 ...
Nr. 40z M. 12674 ...
Nr. 41a M. 12675 ...
Nr. 41b M. 12676 ...
Nr. 41c M. 12677 ...
Nr. 41d M. 12678 ...
Nr. 41e M. 12679 ...
Nr. 41f M. 12680 ...
Nr. 41g M. 12681 ...
Nr. 41h M. 12682 ...
Nr. 41i M. 12683 ...
Nr. 41j M. 12684 ...
Nr. 41k M. 12685 ...
Nr. 41l M. 12686 ...
Nr. 41m M. 12687 ...
Nr. 41n M. 12688 ...
Nr. 41o M. 12689 ...
Nr. 41p M. 12690 ...
Nr. 41q M. 12691 ...
Nr. 41r M. 12692 ...
Nr. 41s M. 12693 ...
Nr. 41t M. 12694 ...
Nr. 41u M. 12695 ...
Nr. 41v M. 12696 ...
Nr. 41w M. 12697 ...
Nr. 41x M. 12698 ...
Nr. 41y M. 12699 ...
Nr. 41z M. 12700 ...
Nr. 42a M. 12701 ...
Nr. 42b M. 12702 ...
Nr. 42c M. 12703 ...
Nr. 42d M. 12704 ...
Nr. 42e M. 12705 ...
Nr. 42f M. 12706 ...
Nr. 42g M. 12707 ...
Nr. 42h M. 12708 ...
Nr. 42i M. 12709 ...
Nr. 42j M. 12710 ...
Nr. 42k M. 12711 ...
Nr. 42l M. 12712 ...
Nr. 42m M. 12713 ...
Nr. 42n M. 12714 ...
Nr. 42o M. 12715 ...
Nr. 42p M. 12716 ...
Nr. 42q M. 12717 ...
Nr. 42r M. 12718 ...